

# Querbrief



## Systemfehler

Im Jahre 3 der Finanzkrise

Vom Süden lernen

Umsteuern auf die lange Frist

WFD-Partner berichten

1/2010

# Inhalt

Markus Henn

## Die Finanzkrise und die armen Länder des Südens

Wie arme Länder in die Finanzkrise hineingezogen wurden 4

Helge Swars

## Vom Süden lernen

Schwellenländer als Wachstumsmotor für die Weltwirtschaft 8

Dr. Florian Grohs

## Mikrokredite in der Wirtschaftskrise – Chancen neuen Wirtschaftens?

Ein erstaunlich krisenfestes Instrument 10

Sven Giegold

## Finanzmärkte und der Grüne New Deal:

Umsteuern auf die lange Frist 11

Heidemarie Wieczorek-Zeul

## Die Märkte neu ordnen

Zur Arbeit der Experten-Kommission zur Reform des internationalen Währungs- und Finanzsystems (Stiglitz-Kommission) 14

## Das Überleben wird jeden Monat schwieriger ...

So erleben WFD-Partner die Finanzkrise 16

Tillman Müller-Kuckelberg

## Wozu eine Finanztransaktionssteuer?

Gegensteuern mit einer Finanztransaktionssteuer zum Nutzen der Bürger 18

WFD-News 20

# Ausstellungen des WFD

Der Weltfriedensdienst verfügt derzeit über mehrere Ausstellungen, die auch Sie ausleihen können. Umfang und Ausstattung variiert von einfachen Postern bis zu auf Holzrahmen aufgezogenen Bildern.

**Bitte fragen sie uns, 030 2539900, info@wfd.de**

## Die Partnerschaftsausstellung

stellt die Arbeit des WFD allgemein vor (8 Tafeln)



## Kunsttherapie in Palästina

Ein WFD-Projekt zur Arbeit mit Traumatisierten im House of Non-Violence, Ramallah. (8 Tafeln)



## Karikaturen in der Friedensarbeit

Eine Ausstellung zum Dialogprogramm Zivilgesellschaft/Militärs in Guinea-Bissau (12Tafeln)



## Verwobene Schicksale

Ein WFD-Projekt zur Aufarbeitung von Kriegserfahrungen der Frauen im Senegal (11 Tafeln)



## 50 Jahre und mitten Leben

Eine Ausstellung über ältere Menschen in der Entwicklungszusammenarbeit (19 Tafeln)



**Weitere Infos und Bestellungen:  
info@wfd.de, 030 2539900**

**wfd.** 50 Jahre  
Weltfriedensdienst e.V.

Herausgeber: WELTFRIEDENSDIENST e.V., Hedemannstraße 14, D-10969 Berlin,  
Telefon: (030) 25 39 90-0, Fax (030) 251 18 87, www.wfd.de, info@wfd.de  
Der Verkaufspreis der Zeitschrift beträgt 2,60 Euro. Mitglieder erhalten sie kostenlos.  
Redaktion: Karen Johné, Uta Kirchner, Uli Lauerhass, Ulrich Luig, Sarah Ludwig,  
Tillman Müller-Kuckelberg, Helge Swars, Martin Zint (presserechtlich verantwortlich).  
Satz- und Bildbearbeitung: Harald Weller.  
Druck: Oktoberdruck, auf FSC-Papier.



## Liebe Leserin, lieber Leser,

Banker sind ja dafür bekannt, dass sie bei Sonnenschein Schirme verleihen und sie bei Regenwetter wieder einsammeln. Aber inzwischen kassieren sie schon Geld dafür, dass sie versprechen, gegebenenfalls einen Schirm zu verleihen. Wenn dann ein Unwetter kommt und die Menschen Schirme brauchen, stellt sich heraus, dass es gar keine gibt. Wie im Märchen von des Kaisers neuen Kleidern. Da macht es dem König gar nichts aus, nackt durch die Gegend zu laufen, weil alle seine schönen Kleider loben. Nicht so der Querbrief. Er nennt erkennbare Fehlentwicklungen beim Namen. Deshalb haben wir ein interessantes und hoffentlich bekömmliches Menu zu den Folgen der internationalen Finanzkrise zusammengestellt, und dazu, was zu tun ist, um diese und weitere Krisen zu überwinden.

Denn es geht ja nicht nur um *eine* Krise. Besonders für die Menschen in armen Ländern kommt die Finanzkrise zu anderen Krisen hinzu. Sie vermischt sich in ihren Auswirkungen mit der Ernährungskrise, Energiekrise oder anderen Krisen. Insofern sind die Berichte unserer Partner besonders interessant (Seite 16).

Aber die Krise und ihre Verursacher treffen auch reichere Länder, wie das

Beispiel Griechenland zeigt. Ein Grund für dessen desaströse Finanzlage sind die extrem hohen Militärausgaben. 2,8 % des BIP verwendet die griechische Regierung auf Militärausgaben, 1,3 % sind es in Deutschland, wo ja bekanntlich auch nicht zuerst am Militär gespart wird. Deutschland befindet sich bei diesem Geschäft auch eher auf der Empfängerseite, wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI in seinem jüngsten Bericht feststellt. 13 % der deutschen Rüstungsexporterlöse kamen aus Griechenland. Diese Erlöse haben sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt, hauptsächlich durch den Verkauf von Panzern und U-Booten. Dies trotz aller Fensterreden gegen das Geschäft mit dem Tod. Theologisch gesprochen kann auf dieser Entwicklung kein Segen liegen. Wirtschaftlich, das zeigt nicht nur das Beispiel Griechenlands, ist mit solchen unproduktiven Geschäften die nächste Krise vorprogrammiert.

Ein besonderer Dank geht an die AutorInnen dieser Querbrief-Ausgabe und den Karikaturisten Thomas Niessen für das Titelbild. Der Querbrief lebt vom ehrenamtlichen Engagement und kann keine Honorare zahlen. Dass wir dennoch eine so interessante Palette von fachkundigen AutorInnen bieten

können, freut mich sehr. Diese Form der Vernetzung von Gruppen mit ähnlichen Zielen und die gegenseitige Unterstützung machen die Zivilgesellschaft stark. Jetzt ist es an Ihnen, den Ball aufzunehmen und zum Beispiel unsere politische Arbeit zu unterstützen. Sie könnten den Aufruf zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer unterzeichnen ([www.steuer-gegen-armut.de](http://www.steuer-gegen-armut.de), siehe die Seiten 18 und 22). Erste Erfolge gibt es schon. Das Europaparlament hat gerade eine Resolution verabschiedet, in der die EU-Kommission aufgefordert wird, die Einführung einer solchen Steuer zu prüfen.

Ich wünsche eine gewinnbringende Lektüre,



PS: Über Ihre Reaktionen und Kommentare freuen wir uns sehr, ab dieser Nummer erscheinen die Texte auch als Querbrief Online ([www.querbrief-online.de](http://www.querbrief-online.de)) und können dort einfach kommentiert werden.

# Die Finanzkrise und die armen Länder des Südens

Markus Henn

**Wir befinden uns im Jahr drei der Finanzkrise. Wie tief sie geht, wird jetzt erst richtig klar: Im vergangenen Jahr sank erstmals seit dem zweiten Weltkrieg das Weltsozialprodukt. Die Krise breitete sich 2009 auf dem Globus aus und zog auch die Entwicklungsländer voll in ihren Strudel. Zwar deuten einige Zeichen darauf hin, dass wieder eine Erholung der Weltwirtschaft stattfindet. Doch werden alle Länder der Welt noch lange mit der Krise und ihren Folgen zu kämpfen haben. Auch eine erneute Rezession ist angesichts der Erfahrungen in der letzten Weltwirtschaftskrise immer noch möglich.**

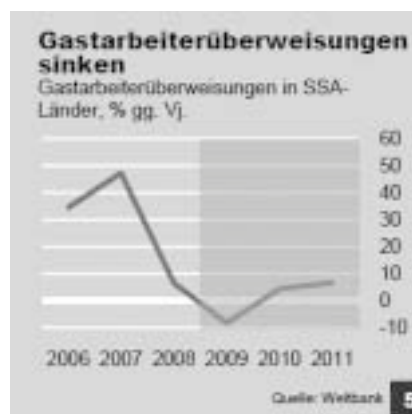
## Die Globalisierung der Krise

Beobachter hatten zu Beginn der Finanzkrise angenommen, diese würde sich auf den Finanzsektor und die Industrieländer beschränken. Dagegen würden Entwicklungs- und vor allem Schwellenländer wegen ihrer begrenzten Integration in die globalen Finanzmärkte und durch die wirtschaftliche Abkopplung von den Industrieländern nicht oder kaum von der Krise betroffen sein.

Doch 2009 erfasste die Krise auch die Entwicklungsländer. Die Folgen sind erschreckend: Die Weltbank rechnet mit 53 Millionen Menschen, die im Jahr 2009 zusätzlich in extreme Armut gefallen sind, die UNO mit 47–84 Millionen Armen, die es ohne die Krise nicht gegeben hätte. Die UN-Millenniumsziele bei der Armutsbekämpfung sind damit in noch weitere Ferne gerückt. Weit besser erging es den meisten Schwellenländern, doch auch diese wurden nicht verschont.

Entwicklungsländer hatten sich kaum am globalen Casino der Industrieländer beteiligt. Doch nun müssen auch sie den Preis für das Chaos bezahlen, das die Spekulanten angerichtet haben. Die Krise erreichte den Süden über

verschiedene Ansteckungswege: vor allem über die globalen Güter- und Dienstleistungsmärkte, daneben über die Überweisungen von Auswanderern und schließlich auch zu einem gewissen Teil über die globalen Finanzmärkte.



Die Überweisungen von Migranten ins subsaharische Afrika sind gesunken

## Exportierte Rezession

Die Rezession in den Industrieländern wurde in die Entwicklungs- und Schwellenländer exportiert. Allem voran brach der Welthandel 2009 wegen der sinkenden Nachfrage ein wie seit fünfzig Jahren nicht mehr. Schon 2008 war er leicht zurückgegangen, für 2009 gibt es laut WTO einen Rückgang um rund 12 %. Da viele Entwicklungs- und Schwellenländer vom Export abhängig sind, traf sie der Rückgang hart. Dies betrifft zum einen den Export von Rohstoffen, deren Preise wegen der sinkenden Nachfrage massiv einbrachen. So verschiedene Länder wie Sambia oder die Mongolei sind zum Beispiel vom Einbruch des Kupfermarkts betroffen. Zwar haben die sinkenden Preise auch Vorteile für andere Länder. Allen Beteiligten bereitet aber jedenfalls die extreme Schwankung der Preise Probleme, wie sie besonders in den letzten Jahren durch den Einfluss von Spekulation auftritt. Denn sie erschwert die Wirtschaftsplanung von Unternehmen und Haushalten.

Zum anderen ist der Export von Gütern betroffen. Ein Land wie Bangladesch war mit dem Rückgang der Textilexporte konfrontiert, kam aber dank seiner vergleichsweise geringen Einbindung in den Welthandel noch ganz gut davon. Doch auch Dienstleistungen haben eine wichtige Bedeutung, zum Beispiel sind einige Länder stark von Einnahmen aus dem Tourismus abhängig. 2009 gingen z. B. in Kambodscha in den ersten neun Monaten die Einnahmen daraus um 40 % zurück, in Kenia um 30 %.

Die Rezession in anderen Ländern wirkt sich auch auf einem anderen Weg aus: Für Entwicklungs- und Schwellenländer spielen die Überweisungen von Auswanderern aus dem Ausland in ihre Heimat eine wichtige Rolle; sie übertreffen global die Entwicklungshilfe um rund das Dreifache. Zwar dürfte es nicht zum befürchteten großen Einbruch gekommen sein. Aber die Weltbank schätzt, dass die Zahlungen von 338 Millionen US-Dollar im Jahr 2008 auf 317 Millionen im Jahr 2009 gesunken sind, und sieht auch für die kommenden Jahre Risiken.

Auch die Entwicklungshilfe bleibt von der Krise nicht ganz verschont. 2008 gab es noch einen neuen Rekord an Zahlungen. Insgesamt wurde das Niveau im Jahr 2009 zwar wohl gehalten. Doch bleiben einige Industrieländer deutlich hinter dem zurück, wozu sie sich 2005 beim G8-Gipfel in Gleneagles verpflichtet hatten. Insbesondere Deutschland wird 2010 mit 0,4 % des Bruttonationalprodukts weit von der gesetzten Marke von 0,51 % entfernt bleiben.

## Infizierung durch Finanzmärkte

Entwicklungsländer haben sich zwar nicht in heikle Finanzinnovationen verstrickt wie die Industrieländer untereinander. Dennoch sind sie auf verschiedene Weise in die globalen Fi-



Es geht auch um ihre Zukunft. Kinder im Chimanimani-Distrikt, Simbabwe

nanzmärkte eingebunden, und dies führte angesichts des Ausmaßes der Finanzkrise zu großen Problemen. Die OECD sprach deshalb von einer „völligen Infizierung“ der Weltmärkte. Noch bevor die globale Finanzkrise ausbrach, mussten die Menschen in den Entwicklungsländern unter den Exzessen der globalen Finanzmärkte leiden. Ende 2006 begannen Spekulanten, im großen Stil an den Nahrungsmittelmärkten zu wetten. Dadurch stiegen die Preise für Nahrungsmittel bis Mitte 2008 innerhalb weniger Monate um fast 75 % an. Lange wurden viele andere Gründe als die Spekulation für den Anstieg angeführt – steigende Nachfrage, die Produktion von Bio-Kraftstoffen u. a. Doch dann gingen die Preise genauso abrupt wieder zurück. Die Preisblase wurde so offensichtlich. Hedge Fonds und andere institutionelle Investoren, deren Felle auf ihren traditionellen Geschäftsfeldern davon geschwommen waren, waren in den Handel mit Rohstoff-futures eingestiegen und hatten so die Preise nach oben getrieben. Nach-

dem sie Kasse gemacht hatten, zogen sie sich teilweise wieder zurück, und die Lage entspannte sich zunächst. Nicht nur ist ein solcher Preissprung katastrophal für viele Menschen im Süden. Wer in Haiti (vor dem Erdbeben) 30 Cent für die tägliche Ration Reis ausgeben musste und dann plötzlich über 50 Cent bezahlen muss, ist mit Hunger konfrontiert. Auch die Produzentinnen und Produzenten können wegen der Instabilität der Preise nicht wirklich nachhaltig von dem Preisanstieg profitieren. Momentan deutet der Nahrungsmittel-Preisindex darauf hin, dass sich schon wieder eine Blase bildet. Im Lauf des letzten Jahres wurde beispielsweise Kakao von Spekulanten entdeckt und dadurch bis Februar 2010 innerhalb eines Jahres um 75 % teurer.

### Instabile Geldflüsse

Entwicklungs- und Schwellenländer sind wegen ihres meist exportorientierten Entwicklungsweges und meist

geringer Sparquoten auf ausländisches Kapital angewiesen. Den Großteil machen dabei Portfolioinvestitionen aus, sprich Investitionen in Aktien, Anleihen, Devisen und Derivate. Allerdings tragen diese als reine Finanztitel nur bedingt zur Entwicklung bei. Wichtiger für die Entwicklung einer Wirtschaft sind die Direktinvestitionen, sofern sie entwicklungs-freundlich ausgestaltet sind. All diese Kapitalflüsse haben sich in der Krise als sehr instabil erwiesen. Sowohl die Portfolioinvestitionen als auch die Direktinvestitionen waren in den Jahren vor der Krise stark gestiegen, die Krise hat sie nun wieder stark reduziert. Der Aktienleitindex für Schwellen- und Entwicklungsländer (MSCI) erreichte seinen Tiefpunkt im März vor einem Jahr, seitdem steigt er wieder an. Die ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungs- und Schwellenländer gingen 2009 um fast 35 % zurück, steigen jetzt allerdings wieder an. Es bleibt aber auch die Erkenntnis, dass die Weltfinanzmärkte in ihrer bisherigen Verfassung keine



Wer möchte auf diesem Operationstisch liegen?

nachhaltige und günstige Versorgung mit Kapital gewährleisten. Die globale Verknappung der Kredite, die gegenwärtig in den meisten Industrieländern ein großes Problem ist, kommt auch in den Entwicklungsländern an. Sowohl die Unternehmen dort als auch die Staaten selbst haben keinen ausreichenden Zugang zu Krediten mehr. Zudem ist der Bankensektor in Entwicklungsländern oft zu einem bedeutenden Teil in ausländischer Hand: In Tansania, der Elfenbeinküste, Ruanda, Madagaskar, Botswana, Mosambik und Ghana sind es gemessen am Vermögen über zwei Drittel. Durch die Verwicklung der Banken in den Industrieländern waren indirekt auch deren Zweige in den Entwicklungsländern betroffen. Die jahrelang niedrigen Zinsen in den Industrieländern hatten zur Folge, dass Spekulanten verstärkt mit sog. Carry Trade in Schwellenländern operierten. Dabei wird Geld in einem Niedrigzinsland, z. B. den USA geliehen, um es dann in einem Hochzinsland zu investieren und die Zinsdiffe-

renz als Gewinn zu verbuchen. Brasilien und Südafrika sahen sich zum Beispiel wegen ihrer hohen Zinsen zuletzt einem massiven Kapitalzufluss ausgesetzt. Dieser Zufluss ist problematisch, weil er nicht stabil ist, die Zinsen für die Spekulanten erwirtschaftet werden müssen und die Währungen unter Aufwertungsdruck geraten. Brasilien sah sich daher im Oktober 2009 veranlasst, Kapitalimporte zu besteuern.

### Folgen für Menschen und Länder

Im vergangenen Jahr standen Firmenpleiten, Arbeitsplatzabbau, Steuerrückgänge, Staatsdefizite sowie Kürzung von Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsausgaben in vielen Entwicklungsländern auf der Tagesordnung. Es kam zu einem Rückgang des Wachstums aller Entwicklungsländer von 6,1 % im Jahr 2008 auf 2,1 % im Jahr 2009. Neben dem eingangs erwähnten Anstieg der Armut verschlechterte sich da-

durch auch die Situation der etwas besser Gestellten. So schätzt die UNO, dass der Anteil der arbeitenden Armen (working poor) von 59 % im Jahr 2007 auf 64 % im Jahr 2009 gestiegen ist. Die Haushaltssituation vieler Entwicklungsländer hat sich deutlich verschlechtert. Insbesondere wurden die Erfolge der Entschuldungsinitiativen in den hoch verschuldeten Ländern zunichte gemacht: In den Jahren 2001–2008 war der Anteil der Schuldentrückzahlungen deutlich gesunken, jetzt steigt er wieder an. Die Währungen Rohstoffe exportierender Entwicklungsländer gerieten unter Druck, was die Schuldentrückzahlung verteuerte. Sogar ein so stabiles Land wie Botswana musste erstmals seit 17 Jahren wieder einen Kredit beim Internationalen Währungsfonds aufnehmen und gerät damit wieder in eine Verschuldung, die sich noch lange auswirken wird. Bei einigen Schwellenländern ist die Lage deutlich besser. Brasilien und China z. B. kamen ziemlich gut durch die Krise, auch wenn es vorübergehend zu einem Rückgang des Wachs-

tums kam. Gründe sind deren große Binnenmärkte, sowie eine schnelle und in China auch sehr massiv antizyklische Fiskalpolitik, d. h. es wurden staatliche Konjunkturprogramme aufgelegt, die die Einbrüche beim Export ersetzen sollten. Hinzu kam, dass sie sich nicht am globalen Casino beteiligt hatten. Andere Schwellenländer wie Mexiko hat die Krise stark getroffen, weil das Land stark vom Export in die USA und den Überweisungen von Auswanderern abhängt. Hinzu kommen die negativen Folgen der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) für die Landwirtschaft. Im Vergleich zu den Industrieländern, die sich milliardenschwere Rettungsprogramme und Subventionen leisteten, konnten die meisten Entwicklungsländer dem Abwärtstrend wenig entgegensetzen und mussten die Hilfe des IWF in Anspruch nehmen. Zwar sind die IWF-Kredite zu günstigen Konditionen vergeben worden – lange Laufzeiten, niedrige Zinsen – aber dennoch ist dadurch das Überschuldungsrisiko wieder gestiegen. Im Grunde ist das so, als ob ein dicker Mercedes am Häuschen eines Armen schweren Schaden anrichtet und dann der Geschädigte zur Schadensbehebung einen Kredit bekommt. Außerdem fehlen im Süden die sozialen Sicherungssysteme, wie wir sie aus den Industrieländern kennen, so dass die Krise voll auf die Menschen durchschlägt. Durch diese ungleiche Antwort auf die Krise in Industrie- und Entwicklungsländern wird die globale Ungleichheit verschärft.

## Lehren für Entwicklungsländer

Die Krise hat den Entwicklungsländern vor Augen geführt, dass ein Wirtschaftsmodell mit dem Ziel einer radikalen Liberalisierung aller Märkte dem Praxistest nicht standhält. Bisher galten vor allem die weniger entwickelten Finanzmärkte von Entwicklungsländern als krisenanfällig, und die Krisen der neunziger Jahre in Mexiko, Asien, Russland, Argentinien etc. schienen dies zu bestätigen. Doch jetzt ist der große Crash im Zentrum des Systems mit seinen vermeintlich stabilen Finanzmärkten ausgebrochen, und der Staat muss in vorher unvor-

stellbarem Maße intervenieren, um die Wirtschaft vor dem völligen Kollaps zu retten.

Die globalen Finanzmärkte – lange Zeit als Wachstumstreiber und Risikoverteiler und damit als Schutz vor globalen Krisen angesehen – erweisen sich als Triebkraft der Globalisierung der Krise. Selbst der Internationale Währungsfonds (IWF) erkannte deshalb kürzlich an, dass Kapitalverkehrskontrollen von Nutzen sein können. Noch viel strenger mit den Finanzmärkten ins Gericht geht der Krisenbericht der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) von 2009, der mit der Feststellung endet: „Nichts außer der Schließung des großen Casinos wird eine dauerhafte Lösung bringen.“

Für Entwicklungs- und Schwellenländer bedeutet dies, jede stärkere Integration in die Weltmärkte sorgfältig zu prüfen. Zugleich müssen sie nach Alternativen suchen. Eine Stärkung der heimischen Märkte und Finanzsysteme könnte zu einer stabileren und nachhaltigeren Entwicklung beitragen. Dazu gehören zum Beispiel Kapitalverkehrskontrollen, die Entwicklung eines lokal verankerten und öffentlichen Bankwesens, die Erzielung von verlässlichen Steuereinnahmen oder eine nachhaltige, auch lokal orientierte Wirtschaft.

Die Industrieländer müssen die Entwicklungs- und Schwellenländer auf diesem Weg unterstützen. Sie müssen eine neue Weltfinanzordnung mittragen, in der Märkte und Investoren zum Wohl aller strikt reguliert sind. Besonders problematisch ist auch der Abzug von Geld aus den Entwicklungsländern durch Steuertricks von Unternehmen, der sich schätzungsweise auf jährlich 250 Milliarden US-Dollar beläuft. Dieses Geld muss in den Entwicklungsländern bleiben. Wichtig wäre außerdem ein Währungssystem, das die Abhängigkeit vom US-Dollar beendet und Instabilitäten bei der Kursentwicklung mildert oder ganz beseitigt.

## Zurück in die Vergangenheit?

Doch während inzwischen auch auf höchster Ebene über grundlegende Änderungen nachgedacht wird, ge-

winnt zugleich der von Spekulation getriebene Finanzmarktkapitalismus wieder an Fahrt. Im Januar stellte der IWF fest, der Risikohunger sei zurückgekehrt und die Kapitalmärkte hätten sich wieder geöffnet. Und er zieht daraus den Schluss, diese Entwicklungen würden in einer Reduktion des systemischen Risikos münden. Diese Sicht vergisst, dass gerade die hohen Risiken in der Zeit vor der Krise sich im Nachhinein als Vorbereitung der Krise erwiesen haben. Alle Länder der Welt – wie entwickelt sie ökonomisch auch sein mögen – müssen das Modell des Finanzmarktkapitalismus hinterfragen und transformieren. Es braucht eine an sozialen und ökologischen Zielen und an Menschenrechten ausgerichtete Wirtschaft, in der die Interessen der Entwicklungsländer besonders berücksichtigt werden. Hier eröffnet die Krise eine Chance für Reformen, die es jetzt zu nutzen gilt.

MARKUS HENN ist Mitarbeiter von WEED und arbeitet dort zum Thema *Internationale Finanzmärkte*.



## World Economy, Ecology & Development

(WEED, Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung) ist eine nichtstaatliche Organisation, die sich seit 1990 für eine sozial gerechte und ökologisch zukunftsfähig gestaltete Globalisierung einsetzt.

# Vom Süden lernen

Helge Swars

**Erstmals seit dem zweiten Weltkrieg ist die Weltwirtschaft im vergangenen Jahr geschrumpft. Das Welt-BIP ist um etwa zwei Prozent gesunken. Der Welthandel brach nach WTO-Angaben um 12 Prozent ein. 2.800 Milliarden Dollar hat die Finanzkrise vernichtet.**

**Sogenannte Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien kamen jedoch weitgehend unbeschadet durch die Krise und fungieren nun als Wachstumsmotor der Weltwirtschaft.**

**Was ist das Erfolgsgeheimnis dieser Länder? Was haben sie anders gemacht als die mächtigen Wirtschaftsnationen des Nordens? Was können wir vom Süden lernen?**

## Internationale Finanzmärkte kippen das Prinzip nationalstaatlicher Souveränität

Mit der Freigabe der Devisenwechselkurse im Jahr 1973 wurde der Grundstein zur heutigen Finanzkrise gelegt. Geld konnte von nun an frei dorthin fließen, wo es die besten Bedingungen zur Vermehrung fand. In der Wirtschaftstheorie werden so Unternehmen zur Effizienz „erzogen“. Fortan galt der gleiche Erziehungsgedanke auch für Staaten. Nationale Wirtschaftspolitik fand jetzt in Konkurrenz zur Wirtschaftspolitik anderer Länder statt. Wo lassen sich Lohnsenkungen, Rationalisierungen, Intensivierung der Arbeit und Outsourcing am Besten bewerkstelligen? Wo sind die Lohnnebenkosten am geringsten? Wo werden Vermögen und Gewinne am wenigsten besteuert? Dort sind die Investitionsbedingungen am günstigsten. Auf diese Weise etablierte sich Deutschland im letzten Jahrzehnt als besonders guter Investitionsstandort und wurde sechs mal in Folge Exportweltmeister. In der Krise wurde es nun von China abgelöst. Den Preis für den Run auf die Exportweltmeisterschaft zahlt die Gesellschaft. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich in keinem der Industriestaaten schneller als in der Bun-



Mit dem Zentralafrikanischen Franc gibt es bereits seit 1945 eine Gemeinschaftswährung, die in neun westafrikanischen Ländern gilt – in ehemaligen französischen Kolonien, die dadurch bis heute wirtschaftlich von Frankreich abhängig sind. Frankreich gewährleistet einen festen Wechselkurs zum Euro

desrepublik. In der alten EU-15 waren die deutschen ArbeitnehmerInnen 2005 in der Reallohnentwicklung Schlusslicht. Zwangsläufig stagnierte oder schrumpfte auch die Binnennachfrage.

## Wundersame Selbstvermehrung

Dass die zu Lasten der Masseneinkommen steigenden Gewinne und Privatvermögen trotz schwachen Wachstums Verwertung fanden und finden, dafür sorgten die sich seit den 80er Jahren rasant entwickelnden Finanzmärkte. Dabei verliert das Geld mehr und mehr seine Funktion als Zahlungsmittel und Kredit für Investitionen zur materiellen Reproduktion. Es wird zu Anlagevermögen. Freie Wechselkurse und das weitgehende Fehlen von Kontrollen des Kapitalverkehrs sorgten dafür, dass es ungestört nach den besten Gewinnperspektiven suchen konnte: Immobilien, Währungen und vor allem Wertpapiere aller Art. Die Perspektive liegt dabei nicht etwa im Ertrag, sondern in der Wertsteigerung der Anlage, im Timing des Kaufes und des Verkaufes. Wer zu Beginn des Jahrzehnts in den USA z. B. Immobilien erwarb, konnte mit einer ordentlichen Wertsteigerung rechnen. Die wachsende Nachfrage wurde von der Baubranche bedient. Die US-Banken boten aus zweierlei Gründen die abenteuerlichsten Kredite zum Hauskauf an. Einerseits speku-

lierten sie auf weiter steigende Immobilienpreise. Außerdem wurden die Kredite und Hypotheken Paketweise als Wertpapiere an der Börse gehandelt bis der Markt übersättigt war und die Preise 2007 zusammenbrachen. Heute stehen in den USA fast 5 Millionen Häuser und Eigentumswohnungen im Wert von knapp 1 Billion Dollar leer. Die geplatzte Immobilienblase brachte den Stein ins Rollen.

## Wohin mit den Gewinnen aus der Umverteilung – die Asienkrise

Auf die selbe Art und Weise hatte es Ende der 90er Jahre Asien und Lateinamerika erwischt. Das in den Industriestaaten angehäufte Geld stieß auf der Suche nach optimaler Verwertung auf die sogenannten *emerging markets* (aufstauende Märkte). Die USA hatten zu diesem Zeitpunkt Haushaltsüberschüsse zu verzeichnen, die EU-Länder senkten zur Vorbereitung der Währungsunion die Neuverschuldung. Sie nahmen nur begrenzt Geld in Form von Staatsanleihen auf. Die asiatischen kleinen Tiger lockten hingegen mit hohen Wachstumsraten, ausgeglichenen Haushalten und einer vom IWF verordneten Finanzliberalisierung. Mit der Bindung des Wechselkurses an den Dollar und einer Anti-Inflations (sprich Hochzins-)politik war der Weg frei für im Norden aufgestaut Geld.



Für den massiven Zufluss an Kapital nach Asien bis 1996 fand sich in den Zielländern jedoch keine produktive Verwendung. Aktienkurse und Preise stiegen somit zwangsläufig. Ebenso unvermeidlich war durch die starke Nachfrage eine Erhöhung des Wechselkurses. Damit verteuerten sich die Exporte, der Druck auf einheimische Unternehmen durch billigere Importe stieg und ein Leistungsbilanzdefizit tat sich auf. Nun begannen die ersten Spekulationen auf einen Fall der Wechselkurse. Die Währungen mussten unter dem Druck abgewertet, schließlich musste die Dollarbindung aufgegeben werden. Innerhalb kürzester Zeit wurde das Kapital massenhaft abgezogen. Die fünf Krisenländer Südkorea, Thailand, Philippinen, Indonesien und Malaysia hatten von 1996 zu 1997 eine Umkehrung der ausländischen Kapitalflüsse in Höhe von 84 Milliarden Dollar hinzunehmen. Unternehmen, die aufgrund kurzfristiger Forderungen der Banken ihre Werte veräußern mussten oder pleite gingen, Bankenzusammenbrüche und Engpässe in der Kredit- und Liquiditätsversorgung für die Wirtschaft spielten sich in ähnlicher Weise ab, wie bei uns seit 2008. Nur dass es kein milliardenschweres Konjunkturpaket, keine staatlich geförderte Kurzarbeit und keine soziales Sicherungssystem für die Menschen in Südostasien gab. Die Armut in Indonesien verdoppelte sich bis 1999, in den anderen Staaten nahm sie nach Angaben des IWF um 75 Prozent zu. Der Asienkrise folgten die Russland- und die Brasilienkrise.

## Das Prinzip der national-staatlichen Souveränität

Viele der damals betroffenen Länder und ihre Nachbarn haben heute ihre Lektion gelernt. Sie widersprechen der noch immer gültigen Lehrmeinung, dass ein liberalisierter Kapitalmarkt am Besten für eine optimale Verteilung von Ressourcen sorgen kann. Blättert man durch die Fachzeitschriften der Finanzanleger, finden sich immer wieder Statements über Vertrauensverlust und Abstrafung von Ländern durch die Finanzmärkte bei Regulierungsvorhaben. Den Schwellenländern wird aus diesem Grund immer wieder ein Versiegen des Kapitalstromes in Aussicht gestellt. Wie sieht die Realität heute aus?

Inzwischen sind Kapitalverkehrskontrollen selbst beim IWF kein Tabuthema mehr. Im vergangenen Jahr war Brasilien wegen hoher Zinsen Kapitalzuflüssen ausgesetzt. Das billige Geld, das die Zentralbanken der USA und Europas zur Rettung des Bankensektors in das Finanzsystem gepumpt haben, ist wieder auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten. Brasilien reagierte mit der Besteuerung von Kapitalimporten, um den Aufwertungsdruck auf den Real abzubremsen. Vergleichbare Kontrollen verfügten Taiwan und China. China und Indien haben ihre Kapitalverkehrskontrollen ohnehin nie aufgegeben, so oft sie von IWF, WTO und europäischen, wie US-amerikanischen Diplomaten auch dazu gedrängt wurden. China ist seit Anfang der 90er Jahre offen für aus-

ländische Direktinvestitionen. Portfolioinvestitionen privater Anleger sind verboten, für einige institutionelle Anleger, wie chinesische Staatsfonds jedoch zugelassen. Die ausländische Kreditaufnahme und Bankeinlagen unterliegen strengen Regeln. Diese Struktur der Kapitalströme in Richtung langfristig orientierte Direktinvestitionen wirkt zugleich stabilisierend auf die Währung. Die chinesische Geldpolitik ist deutlich an binnenwirtschaftlichen Zielen ausgerichtet und hat ihre Souveränität nicht an Banken und Fonds abgegeben. Chinas Auslandsschulden liegen bei etwa 300 Milliarden Dollar, was etwa 13 Prozent des BIP entspricht und angesichts von Devisenreserven in Höhe von 1.800 Milliarden Dollar sehr gering ist. Für 2010 wird China ein Wirtschaftswachstum von bis zu 10 Prozent prognostiziert. Spätestens in 20 Jahren kann das Land die USA als größte Volkswirtschaft ablösen.

In den letzten drei Monaten hat der Euro ca. 10 % gegenüber dem US-Dollar an Wert verloren. Nicht etwa, weil die US-Wirtschaft einen großen Sprung gemacht hat. Es ist ein Alarmsignal, dass der größte Wirtschaftsraum der Welt genauso wenig gegen spekulative Angriffe auf seine Währung gefeit ist, wie die asiatischen Tiger es waren. Was lernen wir daraus? Brasilien, Taiwan und China machen es vor.

Dieser Text stützt sich auf die folgenden Quellen:

*Politische Ökonomie der Finanzmärkte*, Jörg Huffschild, VSA-Verlag 1999

*Fair Trade*, Joseph E. Stiglitz, Andrew Charlton, Murmann Verlag GmbH 2006

*Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung 2008-2010*, Financial Times Deutschland, online-Ausgabe

*Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bundeszentrale für politische Bildung u. a.

HELGE SWARS ist Dipl. Agraringenieur und Mitarbeiter des Weltfriedensdienstes

Der brasilianische Real zeigte der EU und den USA seine Klauen: Brasilien setzte eine Steuer auf Kapitalimporte fest.



# Mikrokredite in der Wirtschaftskrise

## Chancen neuen Wirtschaftens?

Dr. Florian Grohs

Das Medieninteresse an der Bankenkrise in Westeuropa und in den USA ebbt langsam ab. Fazit ist, dass die staatliche deutsche SOFFIN ca. 150 Milliarden Euro als Stabilisierungshilfe zur Rettung einiger deutscher Banken zugesagt hat. Im Vergleich dazu haben sich die Mikrofinanzorganisationen (MFIs) gut behauptet, sie brauchten keinen Cent staatlicher Hilfe, obwohl sie hauptsächlich in den Ländern des Südens unter wirtschaftlich sehr instabilen Rahmenbedingungen arbeiten. Weltweit gibt es insgesamt mehr als 8.000 Mikrofinanzorganisationen, die kleine Kredite an 100 Millionen KundInnen vergeben haben. Die meisten dieser KundInnen versuchen, durch ein Kleingewerbe, z. B. als Straßenhändler, Handwerker oder Bauer den Lebensunterhalt für die Familie zu verdienen. Dazu benötigen sie Mikrokredite, die Möglichkeit Gespartes sicher anzulegen oder kleine Geldbeträge kostengünstig zu überweisen.

Nach Informationen der niederländischen Genossenschaft Oikocredit zählten Ende 2009 trotz Wirtschaftskrise 97 % der MFIs, die von Oikocredit einen Kredit erhalten haben, ihre Kredite pünktlich zurück. Diese Zahl hat sich im Vergleich zum Jahr 2008 nur unwesentlich verändert. Oikocredit finanziert 540 MFIs weltweit, die wiederum 17,5 Millionen Haushalte mit Mikrokrediten versorgen. Oikocredit kennt seine Partner gut, betreut sie durch Mitarbeiter in 32 verschiedenen Länderbüros und begleitet sie über viele Jahre.

### Mikrokredite erweisen sich als krisenfest

In den letzten beiden Jahren musste keine einzige MFI durch Steuergelder vor dem Bankrott gerettet werden, wenn auch einige MFIs mit den Folgen der Krise zu kämpfen haben. Während



**In Menschen investieren**

Mit der Geldanlage Menschen aus der Armut befreien. Oikocredit macht das seit über 30 Jahren möglich: mit Krediten z.B. an Mikrofinanzinstitutionen oder Kaffeegenossenschaften.

Faire AnlegerInnen investieren in Oikocredit. Ab 200 Euro sind Sie dabei!

E-mail-Adresse für Rückfragen: [deutschland@oikocredit.org](mailto:deutschland@oikocredit.org)

[www.oikocredit.de](http://www.oikocredit.de)

die Wirtschaftskrise durch das Scheitern sehr komplizierter Finanzprodukte verursacht wurde, steht hinter jedem Mikrokredit ein Mensch und seine Familie. Die Kredite werden für produktive Zwecke benutzt, und die soziale Kontrolle der vielen Kreditnehmer sichert die Rückzahlung. Wer hätte noch vor zwei Jahren gedacht, dass der Mikrofinanzsektor sicherer ist, als deutsche Landesbanken?

Doch hat die Wirtschaftskrise auch zu negativen Auswirkungen auf den Mikrofinanzsektor und die Kleinunternehmer geführt und die Rückzahlung der Mikrokredite hat sich weltweit etwas verschlechtert. Während in Afrika, Asien oder Lateinamerika die Kleinunternehmer deutlich weniger von der Krise betroffen waren, haben besonders in Osteuropa Mikrokreditnehmer unter der Krise gelitten. Die russischen oder ukrainischen Kleinhändler auf den offenen Märkten erlitten teilweise Umsatzeinbußen von 40 %, während gleichzeitig die Zinsen gestiegen sind. Einige MFIs erlebten, dass die KundInnen in Rückzahlungsschwierigkeiten kamen und manchmal auch die Rückzahlungsmoral nachließ. Die Anzahl der nicht pünktlich gezahlten Mikrokredite in Russland und der Ukrainer stieg von ca. 3 % auf bis zu 15 % in den ersten Monaten des letzten Jahres, hat sich aber seitdem wieder stetig verbessert. In diesen Ländern haben die MFIs zusammen mit ihren Kunden versucht, durch Umschuldun-

gen Lösungen aus der Krise zu finden. Bis zum Jahr 2008 ist die weltweite Vergabe von Mikrokrediten stetig gewachsen, im Jahr 2008 allein um fast 40 %. Dieses explosive Wachstum hat sich 2009 in der Krise und auch Anfang des Jahres 2010 deutlich verlangsamt. Dies wird hauptsächlich durch eine geringere Nachfrage von Kleinunternehmern nach Mikrokrediten verursacht, da die Wirtschaftskrise auch zu einer verringerten Nachfrage nach Produkten der Kleinunternehmer geführt hat. In zweiter Linie sind viele börsennotierte Mikrofinanzfonds restriktiver in der Kreditvergabe geworden, und geben nur Kredite an die ca. 200 größten und stabilsten Mikrofinanzorganisationen.

Ein anderes Beispiel für die Bedeutung von Mikrofinanz nach einer Krise ist Fonkozé, die größte Mikrofinanzorganisation Haitis. Auch Fonkozé ist stark von den Folgen des Erdbebens betroffen, beweist aber trotzdem ein bewundernswertes Engagement für ihre Kundschaft. „Zu den wenigen Stellen, die Bargeld ausgeben, gehört das Mikrofinanzinstitut Fonkozé“ hieß es Anfang Februar in der Financial Times Deutschland. Über ihre 41 Filialen versorgt sie mehr als 55.000 Frauen mit Mikrokrediten, weiteren 175.000 KundInnen bietet Fonkozé Kredite, Sparprodukte und technische Schulungen. Schon kurz nach dem Erdbeben konnte Fonkozé zehntausenden von KundInnen Zugang zu

ihren Ersparnissen oder zu von Verwandten überwiesenen Geld bieten. Nun sind Kredite gefragt, um Menschen bei dem Wiederaufbau ihres Geschäftes zu unterstützen, und Fonkozé hat schon wieder Tausende von neuen Krediten vergeben.

### Wachstum bei Mikrokrediten – Chance für die Armen

Um die Effekte der Krise zu überwinden, brauchen Kleinunternehmer weiterhin Mikrokredite, so dass Mikrofinanz wahrscheinlich an Bedeutung gewinnen wird. In Osteuropa haben in 2009 viele Menschen ihre Arbeitsstelle verloren. Sie sind nun gezwungen, als Kleinunternehmer ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, und benötigen dafür wieder Mikrokredite. Weltweit leben noch mehr als 3 Milliarden Menschen von weniger als 2 Dollar pro Tag. Die meisten dieser Menschen haben bisher noch keine Möglichkeit, kleine Summen auf ein Sparkonto ein-



Kleinkredite ermöglichen Frauen den Handel mit Salz, Zucker, Mehl und Früchten

zuzahlen, Mikroversicherungen gegen die Folgen von Krankheit, den Verlust des Hauses oder den Todesfall abzuschließen und Mikrokredite zu bezahlbaren Zinsen bei MFIs aufzunehmen. Daher muss Mikrofinanz auch in Zu-

kunft noch wachsen, um wesentlich mehr arme Menschen zu erreichen.

DR. FLORIAN GROHS, Repräsentant Oikocredit Deutschland. Infos zu Oikocredit und Fonkozé unter [www.oikocredit.de](http://www.oikocredit.de) oder Oikocredit Deutschland auf Facebook

# Finanzmärkte und der Grüne New Deal: Umsteuern auf die lange Frist

Von Sven Giegold

**Die Globalisierung unserer westlichen Lebensweise ist in einem Desaster von Krisen hängen geblieben. Zugegeben: Einige hundert Millionen Menschen in den Schwellenländern konnten ihre Einkommen deutlich verbessern, in China, Indien, Brasilien und Co. bildete sich eine Mittelschicht. Doch weil dadurch die Preise für Öl und Erdgas, für Metalle und Nahrungsmittel explodierten, konnten die Armen ihr Recht auf Nahrung und Energie nicht mehr einlösen. Die Zahl der Hungernden weltweit liegt heute mit mehr als einer Milliarde höher als jemals in der Menschheitsgeschichte. Unser konsumistisches Lebens- und Wirtschaftsmodell hat in den dramatischen Klimawandel geführt –**

**die größte aller globalen Krisen. Zudem öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter: Die Armen der Welt müssen um Jobs mit Niedrigtlöhnen konkurrieren. Die Bestverdienenden können die Erträge aus dem ersparten Kapital dank globaler Kapitalverkehrsfreiheit steuerünstig anlegen. Dieses Anwachsen liquider Mittel war auch die Basis für die gigantische Spekulationsblase auf den internationalen Finanzmärkten, die im Herbst 2008 platzte.**

### Small is beautiful? Oder: Globalisierung der Demokratie?

All diese Krisen haben eine Ursache gemeinsam: Sie beruhen auf einem Mangel an Steuerung und Rahmen-

setzung im Sinne des Gemeinwohls. Die Plagen der Globalisierung – Ungleichheit, Rohstoffknappheit, Klimawandel, makroökonomische Instabilität – sind mit den Mitteln nationaler Politik nicht mehr in den Griff zu bekommen. International mobile Akteure wie Konzerne, Finanzkapital und Hochgebildete haben an Macht gewonnen, Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnenparteien haben an Einfluss verloren. Damit gelingt es auf nationaler Ebene immer seltener, den verbliebenen Handlungsspielraum im Sinne des Gemeinwohls auszunutzen. Die derzeitige Unbeherrschbarkeit der Plagen der Globalisierung stürzt die Demokratie – im Sinne von Souveränität des Volkes – selbst in eine Krise. In der Anti-Globalisierungsbewegung wie auch in den grünen Parteien weltweit

findet man idealtypisch zwei Antworten: Deglobalisierung der Wirtschaft oder Globalisierung der Demokratie. Die einen wollen den Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung rückgängig machen. „Small is beautiful“ – lautet ihr Schlachtruf. Die anderen sind Anhänger der Globalisierung der Politik. Sie wollen, dass die Gesetzgebung für das Gemeinwohl der Ökonomie auf der internationalen Ebene erfolgt. Angesichts der Globalisierung der Probleme scheint diese Debatte inzwischen im Sinne der AnhängerInnen der Internationalisierung der Politik entschieden, zumindest in Europa. Zentrale Umweltprobleme sind nur bei globaler Kooperation lösbar. Globales politisches Handeln gegen diese Plagen kann natürlich zur Konsequenz haben,

gen politischen Regeln kommen diskursiv immer mehr in die Defensive. Zunächst mussten – von wenigen Unbelehrbaren abgesehen – die Gläubigen des freien Marktes die Notwendigkeit internationalen Klimaschutzes und anderer internationaler Umweltabkommen einsehen. Seitdem entwickelte sich eine wachsende Zahl von Öko-Wirtschaftsliberalen. Sie akzeptierten zwar die ökologische Regulierung der Globalisierung, blieben aber sonst hart gesottene Neoliberale. Durch die Finanzmarktkrise erlitt der Öko-Wirtschaftsliberalismus nun einen schweren Schlag. Ausgerechnet die Finanzmärkte mit ihrer Ansammlung von unzähligen profitgierigen AnlegerInnen wurden zum Waterloo ökonomischer Plattitüden. Die Begeisterung für die

ökonomische Stabilität zu fördern, starke Investitionen in den Klimaschutz und in den sozialen Ausgleich, sowohl bei uns als auch international. Ziel des GND ist die vagabundierenden Trillionen von der Spekulation auf den globalen Märkten zum sozial-ökologischen Umbau des Wirtschaftssystems zu bewegen. Dazu müssen Anreize gesetzt werden, dass sich Investitionen in Klimaschutz genauso lohnen, wie die Umstellung der Ressourcenbasis auf erneuerbare Energien und Rohstoffe. Dabei geht es ebenso um Effizienz wie Veränderung unseres Konsum- und Produktionsmodells. Der GND ist ein Programm zum sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft, er hat jedoch nicht den Anspruch, die letzten Fragen des Kapitalismus zu lösen. Vielmehr geht er davon aus, dass jetzt rasch und entschlossen gehandelt werden muss.

## Dem kapitalistischen Monster Grenzen setzen

Bislang können wir für offene, plurale Gesellschaften keine Alternative zum Kapitalismus aus der Tasche ziehen. Es lohnt sich, weiter nach einer Ökonomie mit mehr Kooperation und weniger Konkurrenz zu suchen und beispielsweise mit Projekten solidarischer Ökonomie zu experimentieren. Es ist richtig, die Systemfrage jetzt zu diskutieren, wo die Zweifel am Kapitalismus Stammthema sind. Deutlicher gesagt: Angesichts des Klimawandels brauchen wir die ökologische Wende so schnell, dass sie im Rahmen des kapitalistischen Systems erreicht werden muss. Funktionieren kann dieser Pakt mit dem kapitalistischen Monster aber nur, wenn die Politik ökologische Grenzen definiert und Anreize setzt.

## Die Regulierung der Finanzmärkte:

Das ökologische Umsteuern der Ökonomie braucht ein Umsteuern zugunsten der langen Frist. Für Banken und andere Anleger war es in den letzten Jahren rentabler, kurzfristig zu spekulieren, statt langfristig zu finanzieren. Ökologischer Umbau entsteht jedoch



Globalisierung mal anders betrachtet: Eine Ansammlung von Müll. Eine Karikatur des Künstlers Guilajo Silá aus Guinea-Bissau

dass verschiedene Wirtschaftssektoren deglobalisiert oder anders globalisiert werden. Wenn international das Klima geschützt würde, käme es vermutlich zur Relokalisierung etwa von Teilen der Landwirtschaft und der Energieproduktion.

## Unter den Krisen liegt der Strand

Die VerfechterInnen eines globalen „freien“ Markts mit möglichst weni-

Effizienz von Märkten hat unter der Krise jedenfalls schwer gelitten. Diese doppelte Krise der Marktgläubigkeit ist eine riesige Chance für ökologische und soziale Politik. Diese Chance müssen wir zur Durchsetzung eines „Grünen New Deal“ nutzen.

Der Grüne New Deal (GND) ist ein Paket von Maßnahmen, um die globalen Krisen anzugehen. Dabei zielt der GND auf die Regulierung der Finanzmärkte und internationale wirtschaftspolitische Zusammenarbeit, um ma-

durch Investitionen in ganz reale Güter und nicht durch Spekulationsgeschäfte. **Europa hat die Schlüssel in der Hand:** Die Kompetenz zur Gesetzgebung auf den Finanzmärkten liegt auf der Ebene der EU. Zusätzlich können die einzelnen Mitgliedsländer weitere Regeln beschließen und über die – noch – nationale Finanzmarktaufsicht auch durchsetzen. Trotzdem ist es sinnvoll, dass im europäischen Binnenmarkt gemeinsame Regeln gesetzt werden.

**Alle Finanzmarktakteure gleichmäßig regulieren:** Damit strengere Regeln für die Banken nicht durch Umgehungen unterlaufen werden, müssen alle Finanzmarktakteure möglichst gleichmäßig reguliert werden.

#### **Managerentlohnung begrenzen und am langfristigen Erfolg ausrichten:**

Die Praxis, Manager mit hohen Boni für kurzfristige Wertzuwächse zu belohnen, hat dazu beigetragen, dass Finanzunternehmen exzessive Risiken eingegangen sind.

**Ratingagenturen:** Die Agenturen zur Bonitätsprüfung haben ein seltsames Geschäftsmodell. Sie geben Noten (Ratings) für Kreditwürdigkeit und lassen sich von den Benoteten dafür bezahlen. Diese Kunden können sich sogar aussuchen, von wem sie sich benoten lassen. Einen wirtschaftlichen Anreiz korrekte Ratings zu erstellen, gibt es nicht. Dieser Fehlanreiz muss dringend beseitigt werden.

**Eine europäische Finanzmarktaufsicht:** Bislang war die Regulierung des Finanzsektors in der Hand von nationalen Aufsichtsbehörden. Neben den Regeln hatten viele Aufseher auch die Attraktivität des eigenen Finanzstandorts für international mobiles Kapital im Hinterkopf. Um diesen Abwärtswetlauf um die schlaffsten Standards zu beenden, brauchen wir handlungsfähige europäische Aufsichtsbehörden.

#### **Schwacher EU-Plan setzt anachronistische Kleinstaaterei fort**

Als wäre nicht wahrlich genug Schaden angerichtet, schlug die Europäische Kommission eine neue europäische

Aufsichtsstruktur vor, die zersplittert und zahnlos ist. Statt die billionenschweren Finanzkonglomerate aus einem Guss umfassend zu überwachen, soll die Aufsicht dreigeteilt werden. Zukünftig sollen drei EU-Behörden über die grenzüberschreitend tätigen Finanzinstitute wachen. Jeweils eine Behörde für Banken-, Versicherungs- und Wertpapieraufsicht, verteilt auf die Sitze Paris, Frankfurt und London. Die Dreiteilung der geplanten Agenturen ist eine Fortschreibung der bisherigen europäischen Regulierungsstruktur, die ja bekanntermaßen die Krise nicht verhindern konnte. Notwendig wäre vielmehr eine Allianz-aufsicht. Das könnte am Besten eine europäische Regulierungsbehörde für alle Finanzdienstleister gewährleisten.

zen. Dazu brauchen wir eine europäische Koalition der Veränderung. Vier Gruppen sind hier ganz besonders wichtig:

KonsumentInnenorganisationen, Gewerkschaften, Unternehmen mit den Produkten der Zukunft und kritische Nichtregierungsorganisationen. Die Geschädigten der Finanzkrise sind viele BürgerInnen, die größten Nutznießer schlecht regulierter Finanzmärkte – Banken, Fonds, usw. – sind dagegen bestens in schlagkräftigen Lobbygruppen organisiert. Wenn wir eine effektive Regulierung der globalisierten Wirtschaft wollen, so müssen wir eine Begrenzung der Macht der Lobbys erreichen. Politik für das Gemeinwohl und mächtige Partikularinteressen brauchen Regeln der Tren-



Am 10. 03. 2010 stimmte das EU-Parlament einer Resolution an die EU-Kommission zu. Diese soll die Einführung einer Finanztransaktionssteuer prüfen

In den nächsten zehn Monaten wird ein Finanzmarktpaket aus europäischen Richtlinien und Verordnungen zwischen Kommission, Mitgliedstaaten und Europaparlament verhandelt. Das Europaparlament muss dabei die Interessen aller EuropäerInnen im Blick behalten, statt imaginierte nationale Handlungsspielräume zu verteidigen, die die Globalisierung längst zermalmt hat. Bei aller gewachsenen Bedeutung des Europaparlaments: Es ist alleine nicht annähernd in der Lage einen GND durchzuset-

zung wie einst die relative Trennung zwischen Kirche und Staat. Dieser Streit für demokratische Spielregeln ist entscheidend, wenn die Globalisierung sozial und ökologisch werden soll.

SVEN GIEGOLD, seit Juni 2009 Mitglied des EU-Parlaments. Koordinator des Ausschusses für Wirtschaft und Währung der Fraktion der Grünen/Europäische Freie Allianz, Mitbegründer von Attac Deutschland und der Europäischen Attac Koordination

# Die Märkte neu ordnen

## Zur Arbeit der Experten-Kommission zur Reform des internationalen Währungs- und Finanzsystems (Stiglitz-Kommission)

Heidemarie Wieczorek-Zeul

**Entfesselte Finanzmärkte widersprechen jeder Vorstellung von nachhaltiger und langfristig ausgerichteter Wirtschaft. Die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern wird immer noch größer, wie es dramatische Zahlen illustrieren. 40 Prozent der Menschheit leben in armen Ländern, ihr Anteil am Welt-handel beträgt aber nur ein Prozent. Das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung verdient ebensoviel wie die ärmsten 57 Prozent. Manche Menschen sind heute reicher als manche Staaten.**

Der Präsident der UNO-Vollversammlung, Miguel d'Escoto Brockmann, hat 2008 eine Experten-Kommission zur Reform des internationalen Währungs- und Finanzsystems mit dem Nobelpreisträger Joseph Stiglitz als Vorsitzenden einberufen, der auch ich angehörte. Insgesamt haben sich 18 Expertinnen und Experten aus 16 Ländern unter dem Titel „**The Commission of Experts of the President of the UN General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System**“ zu mehreren Tagungen zusammengefunden und gemeinsam an den erbetenen Empfehlungen gearbeitet.

Wir haben uns mit den Ursachen der Krise, den Entwicklungen und möglichen Konsequenzen für die globale Wirtschaftswelt auseinandergesetzt. Die Kommission arbeitete zu den Themen Finanzmarktregulierung, Internationale Institutionen, Makroökonomische Aspekte und Internationale Finanzarchitektur.

### Übertriebener Glaube an die „Selbsteilungskräfte“ des Marktes

Im Bericht der Stiglitz-Kommission haben wir festgehalten, dass die Ursa-

chen der Krise vor allem in einem übertriebenen Glauben an die „Selbsteilungskräfte“ des Marktes, also in der marktradikalen Fixierung, und einer überschüssigen Liquidität liegen. Es gab und gibt noch immer zu wenig Vertrauen in die Regelung von Finanzmärkten. Jetzt ist es mehr denn je notwendig, die globale Zusammenarbeit und Koordination in Wirtschaftsfragen deutlich zu verändern. Dafür muss den neu aufstrebenden Akteuren in der internationalen Entwicklung eine wirkliche Beteiligung ermöglicht werden. Im Zuge der Krise bietet sich die historische Möglichkeit, einen neuen Weg der internationalen Kooperation zu ermöglichen – dafür müssen die entsprechenden Schritte aber zügig gemacht werden. Die große Aufgabe ist: Den globalen Kapitalismus zu bändigen und zwar sozial, ökologisch und politisch. Sonst setzen sich ungesteuerte Marktkräfte über die Interessen von Menschen und die Demokratie hinweg.

Am Ende der Überlegungen der Stiglitz-Kommission standen Empfehlungen, die in ihrer Umsetzung durchaus geeignet sind, das weltweite Finanzsystem zu regulieren, dazu beizutragen, dass die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Finanzkrise geringer wird und das Leid vieler Menschen zu lindern.

### Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit dürfen nicht zurückgefahren werden

Ein klares Votum der Stiglitz-Kommission lautet: Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit dürfen in der Krise nicht zurückgefahren werden! Im Gegenteil: für eine zuverlässige und anhaltende Entwicklungsfinanzierung benötigen wir weiterhin innovative Finanzierungsinstrumente. Ein Beispiel hierfür ist der Emissionshandel: Neben der Schaffung neuer Einnahmen wird der Klimawandel auch durch eine Verteuerung des Ausstoßes von Treib-

hausgasen bekämpft. Die gewonnenen Einnahmen können zur Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern genutzt werden.

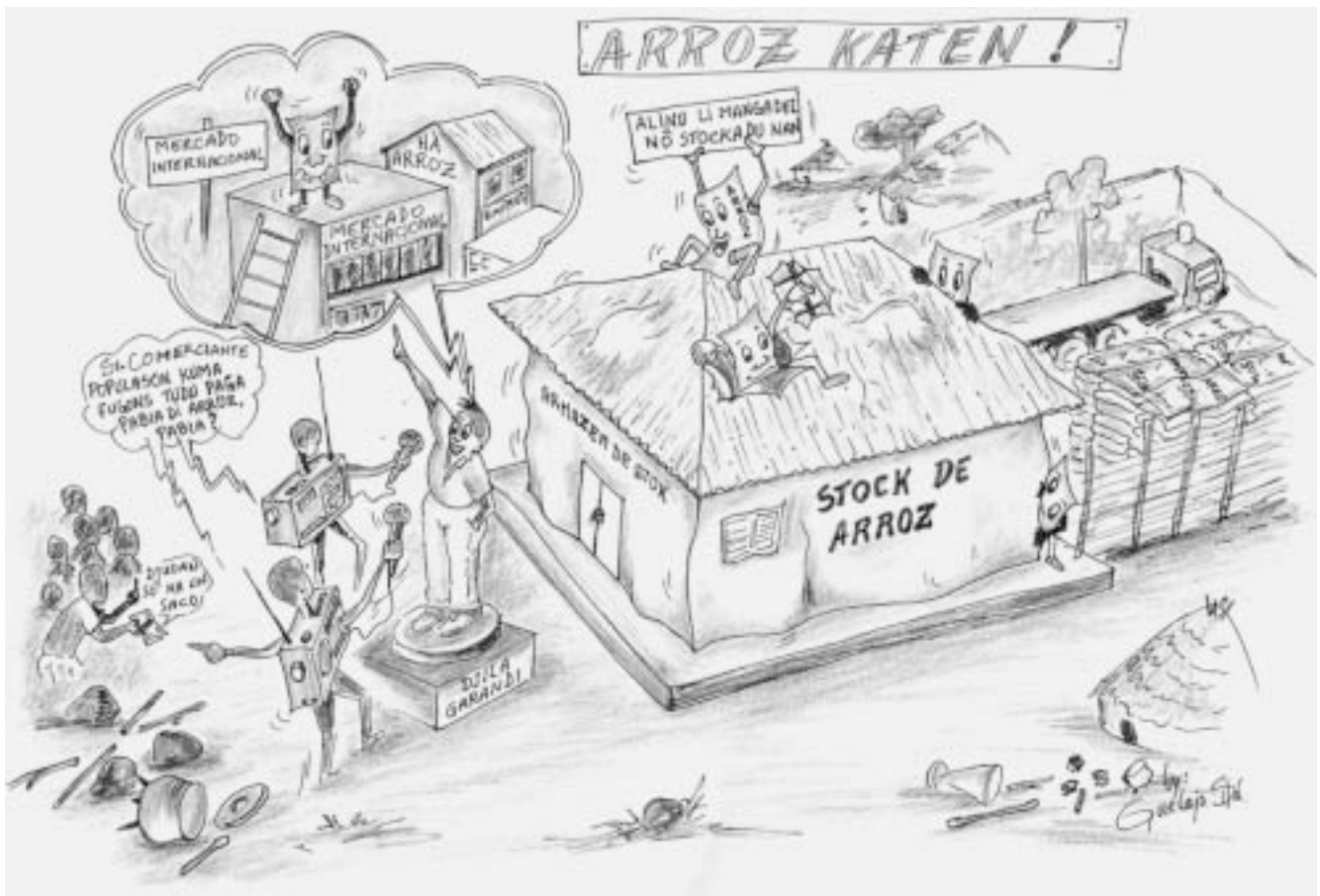
### Wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer

Außerdem treten mittlerweile viele europäische Länder für eine Finanztransaktionssteuer ein, die von der Stiglitz-Kommission ebenfalls gefordert wurde. Es sollte deshalb alles getan werden, dass bei der nächsten G20-Runde und beim IWF eine positive Entscheidung zustande kommt! Denn der Finanzsektor muss seinen Beitrag zur Beseitigung der Folgen der Finanzkrise leisten! Eine derartige Steuer würde kurzfristige Transaktionen entmutigen und gleichzeitig global dreistellige Milliardenbeiträge mobilisieren, die zur Bekämpfung von Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit und Klimawandel eingesetzt werden könnten. Wenn der Vorschlag bei den G20 keine Mehrheit findet, sollte ihn Europa alleine verwirklichen!

Die Stiglitz-Kommission hat auch den Vorschlag gemacht, eine neue globale Reservewährung ins Auge zu fassen. Diese Währung wäre eine Konsequenz aus der Dominanz des US-Dollars und seinen dramatischen Krisenauswirkungen auf die Weltwirtschaftsentwicklungen. Der Vorschlag einer solchen globalen Reservewährung wurde bereits 1944 bei der Entstehung des Bretton-Wood-Instituts von John Maynard Keynes gemacht, fand aber keine politische Mehrheit. Er gewinnt heute an besonderer Bedeutung, da die Schwellenländer daran ein höheres Interesse gewonnen haben.

### Ein Weltwirtschaftsrat ist notwendig

Uns fehlt eine effiziente und schlagkräftige Institution, die die nachhaltige



Die Lager sind voll, aber die Bevölkerung hungert, weil sie sich den Reis nicht leisten kann. So sieht es der Karikaturist Guelajo Silva aus Guinea Bissau

Gestaltung globaler Wirtschaftspolitik in die Hand nimmt. Denn sonst bleibt es bei Strukturen à la G 8 oder G 20. Ein solches Gremium müsste klein, effizient und schlagkräftig genug sein, um den drängenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit beherzt zu begegnen. Daher müssen wir nach der Einführung eines Weltwirtschaftsrates streben. Er sollte unter dem Dach der Vereinten Nationen entstehen, um ihm international Legitimität zu geben. Alle Kontinente und andere wichtige Akteure – wie die Weltbank der IWF und die WTO – müssten in diesem Rat repräsentiert sein. Dies böte die Möglichkeit, ökonomische, soziale und ökologische Herausforderungen aufzugreifen und Wirtschaftspolitik auf einer globalen Ebene abzustimmen. Dadurch könnte das notwendige politische Handeln konsistenter und die Politik internationaler Institutionen kohärenter gemacht werden. Die Stiglitz-Kommission hatte auch ein „Intergovernmental Panel on Systemic Risks“ gefordert. Er könnte eine Vorstufe zu

einem UN-Weltwirtschaftsrat sein, er könnte aber auch Zuarbeit für diesen leisten. Dieses Gremium sollte systemische Fehlentwicklungen erkennen und künftige Krisen verhindern helfen. Es hat sich gezeigt, dass eine falsche makroökonomische Politik zum Ausbruch der Krise beigetragen hat. In einem solchen Panel sollten Experten und Expertinnen aus den verschiedensten Regionen und Fachbereichen auch die unterschiedlichsten makroökonomischen Positionen und Deutungsrichtungen vertreten.

### Vorschläge der Stiglitz-Kommission müssen umgesetzt werden!

Im September 2010 wird eine UN-Konferenz zu den Millennium-Development-Goals stattfinden. Es ist in diesem Jahr zehn Jahre her, dass wir uns international auf diese wichtigen Ziele geeinigt haben. Zu diesem Anlass muss sich die Stiglitz-Kommission zu Wort melden und auf die Erfüllung der un-

eingelösten Forderungen bestehen. Dies wird umso wichtiger als die Problemlösungsstrategien der Industrieländer nicht zu Lasten der Entwicklungsländer laufen dürfen. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung der letzten Monate hat gezeigt: Die Arbeit der Stiglitz-Kommission ist längst nicht abgeschlossen. Die Vorschläge müssen praktisch umgesetzt werden, zum Beispiel das Panel on Systemic Risks, sonst besteht die Gefahr, dass keinerlei Konsequenzen gezogen werden, die die nächste Krise verhindern könnten. Genauso wie die Beschlüsse der G20 bisher auch weitestgehend nur auf dem Papier bestehen!

Wir dürfen nicht zulassen, dass wir als die Generation in die Geschichte eingehen, die zwar Billionen aufbrachte, um den Finanzsektor zu retten, aber nicht die Kraft oder den Willen aufbrachte, die Welt vor Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit und Klimawandel zu retten!

HEIDEMARIE WIECZOREK-ZEUL, Mitglied des Bundestags, Bundesministerin a.D.

# Das Überleben wird jeden Monat schwieriger ...

## So erleben WFD-Partner die Finanzkrise

Wir haben unsere WFD-Partner gefragt, wie sie in ihren Ländern die internationale Finanzkrise erlebt haben.

Die Fragen beantworteten:  
Laurence Dworkin für **STEPS**,  
Kapstadt – Das Team von **Mi-Parec**,  
Burundi (aufgeschrieben von Jérôme  
Njabou) – Mohammad vom  
**YES Theatre**, Hebron – Natalia  
Sarapura für **COAJ**  
Hier Auszüge aus den Antworten:

Wie wurden Ihr Projekt und sein Umfeld von der Finanzkrise betroffen?

**STEPS:** Wir haben es sehr viel schwerer, Geldgeber zu finden. Viele Geber haben geantwortet, dass ihre eigenen Budgets drastisch gekürzt wurden und sie kein Geld zur Verfügung stellen können.

**YES Theatre:** Das Projekt selbst war nicht direkt betroffen, aber die palästinensischen Jugendlichen sind sehr enttäuscht und nicht mehr so lernwillig wie in den Jahren zuvor. Die Finanzkrise hat die palästinensischen Jugendlichen in eine hoffnungslose Situation gebracht, in der sie nur noch an Auswandern denken. Es ist aber wichtig an dieser Stelle zu erwähnen, dass die Wirtschaftskrise nicht der einzige Grund für diese Situation ist. Sie entsteht aus der gesamten politischen Situation.

**COAJ:** Wir, die indigenen Völker, haben vorwiegend erörtert, dass das kapitalistische System unsere Mutter Erde – *Pachamama* – als Ausbeutungsobjekt betrachtet. Die natürlichen Ressourcen werden Privateigentum und gehen in den Zyklus von Kauf und Verkauf ein. Aus der Sicht unserer Völker ist dies eine Bedrohung unserer Mutter Erde *Pachamama*. Das hat auch die übermäßige Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in den Territorien der indigenen Völker gezeigt.



Welche Auswirkungen hat die Finanzkrise auf Ihren Alltag?

**STEPS:** Die Lebenshaltungskosten sind gestiegen, während die Gehälter gleich geblieben sind. Das Überleben wird jeden Monat schwieriger.

**YES Theatre:** Ich habe vor drei Monaten geheiratet und leide sehr unter den hohen Lebenshaltungskosten.

**Mi-Parec:** Der Preisanstieg auf dem Markt führt dazu, dass die Bevölkerung sich nicht einmal mit dem Notwendigsten versorgen kann. In einem der ärmsten Länder der Welt glaubt die Bevölkerung, dass die Regierung unfähig ist, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Das provoziert Streiks im öffentlichen Dienst. Wer nicht im öffentlichen Dienst tätig ist, versucht es mit Raub oder Betrug. Um die Staatskassen zu füllen, ergreift die Regierung Maßnahmen, die die Bevölkerung und ihre (Staats-)Diener zum Äußersten reizen. Im Moment sammelt die Regierung die Dienstfahrzeuge der Beamten ein. Diese sind so frustriert, dass sie Ersatzteile aus den Fahrzeugen stehlen, bevor sie sie zurückgeben.

**COAJ:** Es ist sicher, dass die Krise Auswirkungen auf die gesamte Politik

Die südafrikanischen Filmemacher von **STEPS for the future** betreiben Aids-Aufklärung durch Kurzfilme, die für und mit Jugendlichen realisiert werden. Menschen reden offen über ihren Umgang mit HIV/Aids und regen so unter den ZuschauerInnen Gespräche über das schwierige Thema an.

des Nationalstaates hat, sowohl durch die Aufhebung von Zuschüssen zur produktiven Entwicklung als auch einige Kürzungen bei Sozialbeiträgen.

Was war die bedeutendste Auswirkung auf Ihr Projekt?

**STEPS:** Die Kosten steigen, während Geld knapp wird. Wir müssen die Kosten der Projektaktivitäten und Reisekosten senken, können keine neuen Stellen schaffen etc.

**YES Theatre:** Das Projekt wurde vor der Finanzkrise geplant und das bedeutet, dass das Budget auf der Basis der Preise in 2008 berechnet wurde. Und, wie ich schon sagte, die Lebenshaltungskosten und Preise steigen beachtlich in den palästinensischen Gebieten.



**Mi-Parec:** Unser Projekt fördert die Versöhnung in zerstrittenen Gemeinschaften. Diese Gemeinschaften leben im Elend und können nicht einmal ihre Grundbedürfnisse befriedigen. In dieser Situation ist Versöhnung schwierig. Im Übrigen scheint die Stabilität des Euro durch die Finanzkrise angegriffen und sein Wert sinkt. Wir müssen also den Umtauschkurs für Euro, die wir vom WFD aus Berlin bekommen, nach unten korrigieren.

**COAJ:** Unter dem Vorwand der Weltwirtschaftskrise senken die Unternehmen die Ausgaben für Sozial- und Umweltstandards. Dies beeinträchtigt die indigene Bevölkerung von Jujuj, da viele angestellte Bergleute sind. Außerdem hat es die Gemeinschaften gespalten. Auf der einen Seite stehen die, die „Nein zum Bergwerk“ sagen und ihnen gegenüber jene, die Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen haben.

? Was wurde unternommen, um den negativen Effekten zu begegnen?

**STEPS:** Wir tun nur das Nötigste und versuchen Kosten zu senken.

**YES Theatre:** Wir haben jeden Monat ein Treffen des Teams, bei dem wir neue Prioritäten setzen mit dem jeweils angepassten Budget.



**MiParec** (Ministry for Peace and Reconciliation Under the Cross) in Burundi engagiert sich, unter Einbeziehung traditioneller Autoritäten, für die Versöhnung verfeindeter Bevölkerungsgruppen. Zielgruppe sind Soldaten, Ex-Guerillas und rückkehrende Flüchtlinge.



**COAJ:** Wir versuchen Überlegungen unseres alternativen Modells *BUEN VIVIR* voranzutreiben. In dessen Rahmen handeln die indigenen Gemeinschaften auch bessere Sozial- und Umweltstandards aus.

? Was ist die Bedeutung eines internationalen Partners wie dem WFD?

**STEPS:** Der Beitrag des WFD hat geholfen, bestimmte Funktionen aufrecht zu erhalten.

**YES Theatre:** Der WFD hilft dem YES Theatre seine Arbeit bis Mitte 2012 durchführen zu können. Das ist besonders wichtig, da andere Geber begonnen haben ihre Eventualpläne anzuwenden.

**Mi-Parec:** Der WFD gehört zu den Partnern, die ihre Finanzierung nicht unterbrochen haben, trotz der Finanzkrise. Das hat es Mi-Parec erlaubt, seine Arbeit vor Ort fortzuführen. Andere Partner haben ihre Budgets empfindlich gekürzt.

**COAJ:** Die Unterstützung, die wir bei der Entwicklung des Projektes erhalten haben, gibt uns erst die Möglichkeit, mit der Ausarbeitung eines neuen Modells von Entwicklung zu beginnen. Dazu gehört die Schaffung von Voraussetzungen für die indigene Entwicklung, z. B. die Ausbildung von Leitungspersonlichkeiten, die für die Gemeinschaften Alternativen fördern und in der Lage sind mit der Regierung zu verhandeln.

? Sehen Sie sich als Verlierer der Krise?

**STEPS:** Wir sind keine Verlierer und werden weiter aktiv sein. Wir müssen einfach nur sicherstellen, dass wir cleverer und kostengünstiger sind.

**YES Theatre:** Ich sehe mich als Verlierer dieser Wirtschaftskrise.

Das **YES Theatre** in Palästina hilft Kindern und Jugendlichen traumatische Erfahrungen spielerisch zu verarbeiten. Mädchen und Jungen werden mit Methoden der konstruktiven Konfliktbearbeitung vertraut gemacht.

**Mi-Parec:** Burundi ist seit seiner Unabhängigkeit mit den unterschiedlichsten Krisen konfrontiert, besonders zugespitzt seit dem Bürgerkrieg 1993. Die Bevölkerung macht keinen großen Unterschied zwischen den verschiedenen aktuellen Krisen. Die weltweite Finanzkrise kommt zu den anderen Krisen hinzu und verschärft die Dynamik der Verarmung und Ausgrenzung.

**COAJ,** der Rat der indigenen Organisation von Jujuj in Argentinien, setzt sich für die Zuerkennung von Landrechten ein. Die COAJ-Mitarbeiter beraten Dorfbewohner bei der Wahrnehmung ihrer Interessen gegenüber den Bergbau- und Zuckerrohrimperien.



**COAJ:** Angesichts der Krise müssen wir, die indigenen Völker, uns als den Teil der Gesellschaft begreifen, der ein ökonomisches Modell zu bieten hat, das anders ist als das, welches die Krise verursacht hat. Diese Chance müssen wir nutzen.

Übersetzung aus dem Spanischen LUCIENNE STEINITZ, aus dem Englischen und Französischen MARTIN ZINT

# Wozu eine Finanztransaktionssteuer?

Gegensteuern mit einer Finanztransaktionssteuer zum Nutzen der Bürger

Tillman Müller-Kuckelberg

**Hinter dem Begriff Finanztransaktionssteuer verbergen sich zwei grundlegende ökonomische Einsichten. Zum einen jene, dass es sinnvoll ist, durch Steuern das Gemeinwohl und die Handlungsfähigkeit einer Gesellschaft solidarisch zu finanzieren.**

**Zum anderen die Erkenntnis, dass man die Kräfte des Marktes nicht frei walten lassen kann ohne zu riskieren, dass sie enorme Schäden für einzelne Volkswirtschaften oder das globale**

**Wirtschaftssystem verursachen. Vor allem die letzte Einsicht gilt bis heute durchaus nicht als selbstverständlich.**

Gewonnen wurde sie bereits zu Beginn der 30er Jahre vom britischen Ökonom John Maynard Keynes, der allgemein als der Vater der Sozialen Marktwirtschaft gilt. Keynes suchte damals nach Antworten auf die bis dahin schwerste Krise der Weltwirtschaft, die 1929 begonnen hatte. Das Platzen von Spekulationsblasen und ein totaler Vertrauensverlust in Banken und Börsen hatten damals Millionen Menschen weltweit in Arbeitslosigkeit und bittere Armut gestürzt. Keynes' Ansatz war, dass durch sanftere aber gezielte Regulierungen des Marktes auf staatlicher und überstaatlicher Ebene Fehlentwicklungen und Krisen des kapitalistischen Wirtschaftssystems vorgebeugt werden könne. Während in der Folge dieses Prinzip einer Regulierung des Marktes durch Steuern und Förderungen auf nationaler Ebene in fast allen Staaten der Welt in verschiedener Weise umgesetzt wurde, konnte es sich auf überstaatlicher Ebene nicht durchsetzen. Es fehlte am politischen Willen und an der Instanz, die ein Steuersystem international hätte etablieren können.

## Gegensteuern mit der Tobin-Steuer

Erst unter dem Eindruck der „Ölkrise“ in den 70er Jahren, wurde die Idee

einer Besteuerung internationaler Geschäfte wieder aufgegriffen. Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler James Tobin entwarf das Modell einer sehr geringen Steuer auf internationale Devisengeschäfte. Ihre Höhe bewegte sich nach Tobins Vorstellung zwischen 0,05 % und 1,0 % des Gesamtvolumens der Transaktion. Die Steuer sollte schnelle Tagesgeschäfte, die auf den Gewinn aus kurzfristigen Kursschwankungen zielten, unattraktiv machen. Konventionelle Transaktionen mit langfristiger Gewinnerwartung, wie sie für den Warenhandel anfielen, hingegen wären kaum durch die Steuer berührt worden. Die Höhe des Steuersatzes und das Grundprinzip ihrer Funktionsweise entsprechen dem, was auch heute noch unter dem Begriff Finanztransaktionssteuer diskutiert wird. Die Einnahmen einer solchen Steuer werden heute auf bis zu 100 Milliarden Euro jährlich geschätzt. Jedoch wurde auch Tobins Ansatz auf internationaler Ebene nie umgesetzt.

## Für eine Finanztransaktionssteuer zum Nutzen der Bürger

Aufgegriffen wurde die „Tobin-Steuer“ allerdings von der globalisierungskritischen Bewegung. Diese formierte sich in den 90er Jahren vor dem Hintergrund der zunehmend engeren Vernetzung der weltweiten Märkte und deren immer deutlicher zu Tage tretenden negativen Folgen für Mensch und Umwelt. 1997 mündete ein Artikel des spanischen Journalisten Ignacio Ramonet in der Zeitschrift „Le Monde

diplomatique“ in die Gründung des Bündnisses *attac*. Schon der Name des globalisierungskritischen Netzwerkes: *attac* („association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens, dt. „Vereinigung für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zum Nutzen der Bürger“) spiegelt die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer wider. *attac* stellte die „Tobin-Steuer“ jedoch unter neue Vorzeichen und damit im entwicklungspolitischen Sinne sozusagen vom Kopf auf die Füße. Während für James Tobin die regulierende Funktion der Steuer und nicht ihre Verwendung im Vordergrund standen, forderte das schnell wachsende weltweite Bündnis *attac* die Einnahmen einer solchen Steuer für die Kompensation der Globalisierungswirkungen zu verwenden. Projekte zur Bekämpfung der Armut und zum Schutz der Umwelt sollten finanziert werden. Die Steuereinnahmen sollten vor allem in die „Schwellen- und Drittweltländer“ fließen, die am deutlichsten von den negativen Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung betroffen sind.

## Eingriff in die Souveränität der Staaten

Bis vor Kurzem wurde diese Vorstellung in weiten Kreisen der Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft belächelt. Auf G8-Treffen und Weltwirtschaftsforen in Davos wurde die Idee einer globalen- oder auch nur regionalen Transaktionssteuer mit einem Kopfschütteln als sozialromantisches Hirngespinnst abgetan. Die Ar-



**attac**

Verkehrsinfrastruktur gehört zu den dringenden, aber für viele arme Länder unbezahlbaren Investitionen in wirtschaftliche Entwicklung



gumente gegen eine Besteuerung internationaler Finanzgeschäfte waren vielfältig. Zu schwierig sei es, so die Verantwortlichen, eine solche Steuer auf internationaler Ebene durchzusetzen. Neben der „Einschläferung“ des Weltmarktes bedeute sie einen zu großen Eingriff in die nationale Souveränität der Staaten. Nicht einmal die EU habe das Recht Steuern zu erheben und die Steuer mache nur dann Sinn, wenn alle oder zumindest die Mehrheit der Staaten weltweit an einem Strang zögen. Hinsichtlich der ablehnenden Haltung von wirtschaftlichen Supermächten, wie den USA oder China, sei das jedoch nicht zu erwarten.

### Die Idee bekommt Unterstützung

Neben der nun zehn Jahre währenden hartnäckigen Lobbyarbeit durch *attac* konnte erst die jüngste schwere Wirtschaftskrise diesen ablehnenden Konsens über eine Finanztransaktionssteuer in den Kreisen der Staaten- und Wirtschaftslenker ins Wanken bringen. Die Krise, die Ende des Jahres 2007 begann und erneut durch die bekannten Muster von Überspekulation und der Hoffnung auf kurzfristige Gewinne von Banken und Investoren ausgelöst worden war, rückte die Idee einer Besteuerung für die internationalen Geschäfte von Banken

und Börsen in die Mitte der Gesellschaft. Der Ruf nach einer Regulierung der internationalen Finanzmärkte hat ein überparteiliches Bündnis in Deutschland hervorgebracht, dem sich nur einzelne Politiker und die Regierungspartei FDP zu entziehen suchen. Eine Kampagne mit dem Titel „Steuer gegen Armut“ (siehe WFD-News, S. 20) hat eine Petition beim deutschen Bundestag eingebracht, die bisher über 70 000 Unterzeichner fand und das Parlament zur Auseinandersetzung mit dem Thema zwingt. Auch auf internationaler Ebene ist Bewegung in die Sache gekommen. Auf der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen sprach sich die EU für die Einführung der Steuer aus und wandte sich an den Internationalen Währungsfond mit der Bitte, eine solche Steuer voranzutreiben.

### Die Zeit ist reif

Es scheint so, als hätten die Zeichen für eine Finanztransaktionssteuer nie besser gestanden und ihre Verwirklichung sei in greifbare Nähe gerückt. Trotz aller Zuversicht sollte jedoch nicht vergessen werden, dass die Widerstände und der Wille die Initiative zu verschleppen in weiten Teilen von Politik und Wirtschaft immer noch sehr groß sind. So sprach sich auch Wirtschaftsminister Schäuble (CDU)

am 8. Februar 2010 gegen die Einführung einer „Tobin-Steuer“ aus. Die Auseinandersetzung über die Finanztransaktionssteuer ist also noch längst nicht entschieden, sondern geht gerade erst in eine entscheidende Phase. Darüber hinaus bleibt abzuwarten, für welche Zwecke die Steuereinnahmen einer Finanztransaktionssteuer verwendet würden. Bisher deuten die Äußerungen von Politikern in Europa und vor allem in den USA darauf hin, dass die Steuereinnahmen für die Reparaturkosten der Wirtschaftskrise in den Volkswirtschaften des Nordens verwendet werden sollen. Die Idee, die Gewinne in entwicklungspolitische Projekte und den Kampf gegen Armut und den Klimawandel zu investieren, wie sie von *attac* vertreten wird, scheint in den Hintergrund zu treten. Dennoch, der fortdauernde Einsatz für die Einführung der Finanztransaktionssteuer ist weiterhin sinnvoll und notwendig. Denn einmal installiert, würde die Finanztransaktionssteuer den ersten greifbaren Beweis für die Schaffung eines transnationalen Regelwerkes darstellen. Sie wäre ein erstes Instrument, und vielleicht noch wichtiger, ein Symbol für eine globale wirtschaftliche Verantwortung für unsere Eine Welt.

TILLMAN MÜLLER-KUCKELBERG,  
Historiker, Mitarbeiter der WFD-Öffentlichkeitsarbeit

# WFD-News

## Jahresmotto 2010: WFD unterwegs

Nachdem wir im Jahr 2009 ausgiebig unseren 50. Geburtstag gefeiert haben, gehen wir weiter auf dem Weg in eine friedlichere Zukunft. Sie können uns dabei unterstützen – indem Sie unsere Ausstellungen zur Friedensarbeit in Palästina, in Guinea-Bissau oder die Ausstellung „50 Jahre und mitten im Leben“ in ihre Stadtbibliothek, Kirchengemeinde oder Volkshochschule einladen. Wir sind Ihnen auch bei der Suche nach Referenten, z. B. ehemaligen Kooperanten, behilflich. (Martin Zint: zint@wfd.de, 030 25399018).

## Kein Missbrauch von Kindern als Soldaten!

Zum ersten Mal findet am 24. April der GuluWalk in Berlin statt. Der GuluWalk will die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die Situation der Kinder lenken, die als Kindersoldaten missbraucht werden. Viele kommen ums Leben. Wer nach Hause zurückkehren kann, steht vor schier unlöslichen Herausforderungen – die Versöhnung mit Familie und Nachbarn sowie die Suche nach Lebensunterhalt. Den ersten GuluWalk veranstalteten mutige Menschen am 24. April 2005 in der Stadt Gulu im Norden Ugandas, um die aus Scham und wegen Ausgrenzung „Unsichtbaren“ sichtbar zu machen. Aktivitäten in über 100 Städten folgten, u. a. in den USA, Europa und Asien. 2008 besuchte Bundespräsident Horst Köhler die Kinder in Gulu. Sie empfanden es als große Ermutigung und als starkes Zeichen eines ernsthaften Bekenntnisses zum Engagement für Afrika. Weitere Infos beim WFD und unter [www.guluwalk-berlin.de](http://www.guluwalk-berlin.de).

## Tag der offenen Türen

Am Freitag, dem 16. April 2010, stehen ab 16 Uhr wieder alle Türen beim WFD offen. BesucherInnen können sich bei den Mitarbeitern persönlich informieren, Kooperanten werden aus ihrer Projektarbeit berichten. Einzelheiten zum Programm finden Sie demnächst auf unserer Webseite unter: [www.wfd.de](http://www.wfd.de).

## Gruß aus Deutsch-Südwest, Ansichtskarten erzählen

Ansichtskarten haben ein Motiv, einen Hintergrund, eine Umgebung und versuchen häufig auch eine Stimmung wiederzugeben. Den Ansichtskartenschreibern bleibt wenig Platz für ausschweifende Mitteilungen. In den wenigen Zeilen steckt eher Pflichterfüllung. Das Bild aber drückt den Stolz aus, da zu sein, wo die anderen nicht sind. Aus einem Fundus von ca. 300 Ansichtskarten ‚Deutsch-Südwest‘ hat WFD-Mitglied Gerulf Augustin über 150 ausgewählt, die in einem Zeitraum von 1899 bis 1914 fotografiert, gedruckt, verkauft und geschrieben wurden. Sie versuchen das Leben der Siedler und der einheimischen Bevölkerung zu dokumentieren, letzteres jedoch sehr aus europäischer Sichtweise: die Herero-Kleinfamilie wird vor ihrer ‚Werft‘ (Bauernhof) postiert, die exotische Schön-

heit vor einer Tapete drapiert ... Um ein Gesamtbild des herrschenden Zeitgeistes zu bekommen, versucht eine Auswahl von Auszügen aus Reiseberichten, Büchern und anderen zeitgerechten Veröffentlichungen zu den einzelnen Themenbereichen, das durch Kartenbild, Bildunterschrift und Kartentext beim Leser entstandene Bild zeitgenössisch abzurunden. Das grafisch aufwendige und drucktechnisch hochwertige ‚BILD-LESEBUCH‘ will die Leserschaft informieren, nachdenklich machen und vielleicht auch anregen, in die vielen in den letzten Jahren verfassten wissenschaftlichen und belletristischen Bücher über ‚Die Deutschen und Südwest‘ einzusteigen. 10 % des Verkaufspreises von 24,95 € gehen an den WFD.

Bestellungen an Gerulf Augustin, Prießbeck 5, 29459 Clenze, oder über [info@wfd.de](mailto:info@wfd.de)



## Im Jahr des Tigers

Seit 14. Februar befinden wir uns gemäß chinesischer Astrologie im Jahr des Tigers. Es steht demnach unter dem Credo, mutig Neues zu wagen und seine Ziele konsequent zu verfolgen. Unter diesen Zeichen hat auch für *work4peace*, die *Schüleraktion für Afrika*, ein neuer Abschnitt begonnen. Es konnten zusätzliche Ressourcen für die Projektkoordination geschaffen werden und so sind wir mit einem

komplett neuen Team am Start. Ein neuer Internetauftritt, neue Kreativworkshops und aufregende Schüleraktionen liegen vor uns. Gleichzeitig knüpfen wir an Erfahrungen und Erfolge dieses Projektes an. Laut Sternendeutung liegt ein unglaublich dynamisches Jahr, voll plötzlicher Gelegenheiten und unerwarteter Ereignisse vor uns ... mögen die positiven überwiegen! In diesem Sinne freut sich das *work4peace*-Team auf ein spannendes Jahr.

**Nina Bewig** ist seit Januar dieses Jahres Koordinatorin für das Projekt *work4peace (w4p)*. „Gerade mit jungen Menschen im Rahmen des Globalen Lernens dieses Thema zu bearbeiten und durch gemeinsame Aktionen zu erfahren, was Verantwortung und Engagement bedeutet, finde ich äußerst spannend.“ Zuvor arbeitete Nina Bewig ehrenamtlich in der Fachkommission für Öffentlichkeitsarbeit bei Amnesty International Deutschland, war für Oxfam als Aktionsreferentin tätig und ehrenamtlich in der Kampagnenarbeit engagiert.

Herzlich willkommen im Team!



Das *work4peace*-Team v.l.n.r.: Gudrun Tenschert, Nina Bewig, Corinne Böhm, Bellinda Akwa-Asare

### Nachwuchsfußballer aus WFD-Projekt in Burkina Faso in Braunschweig

Fünf Nachwuchsfußballer aus Burkina Faso waren auf Einladung der Freiwilligenagentur Wolfenbüttel Jugend-Soziales-Sport e.V. für sechs Monate in Braunschweig zu Gast. Die jungen Männer im Alter zwischen 17 und 21

Jahren trainierten in den Jugendmannschaften des Bundesliga-Drittligisten Eintracht Braunschweig. Aristide Nana (Sturm), Rasmane Ouedraogo (Mittelfeld), Adama Diarra (Torwart), Souleymane Nacoulma (Mittelfeld) und Abdoulaye Toure (Abwehr) hatten vor ihrem Trainingsaufenthalt in Deutschland drei Jahre auf dem vom WFD unterstützten

Fußballinternat in Burkina Faso verbracht. Das Internat gibt Jungen aus ärmsten Verhältnissen die Möglichkeit einer sportlichen und schulischen Ausbildung. Die Idee, erstmalig junge Fußballer im Rahmen eines interkontinentalen Jugendaustausches nach Deutschland zu holen, hatten der deutsche Botschafter in Burkina Faso, Dr. Ulrich Hochschild, und Hännes Jäcker, ehemaliger Präsident von Eintracht Braunschweig. Über die fußballerische Trainingserfahrung hinaus besuchten die jungen Männer die berufsbildende Oskar-Kämmer-Schule. Dort erhielten sie Unterricht in der deutschen Sprache und machten Praktika in verschiedenen handwerklichen Berufsfeldern. Auf Einladung von SPD-Generalsekretär Sigmar Gabriel (MdB) kamen die fünf Jugendlichen zum Abschluss ihres Deutschlandaufenthaltes am 16. Februar nach Berlin und besichtigten den Reichstag. Die jungen Männer sind inzwischen nach Burkina Faso zurückgekehrt, träumen aber von einer Wiederkehr als Profi-Fußballer ins kalte Deutschland, das ihnen sehr herzlich begegnet ist. Ihre Geschichte wird von dem Kölner Filmemacher Andreas M. Simon in einem Dokumentarfilm nacherzählt.



Die Fußballer aus Burkina Faso vor Mauerresten am winterlichen Potsdamer Platz in Berlin

### wfd ökumenisch

Beim 2. Ökumenischen Kirchentag in München wird auch der WFD mit einem Stand vertreten sein. Ein Team aus MitarbeiterInnen der Geschäftsstelle und PraktikantInnen wird den Weltfriedensdienst und seine Arbeit vor-

stellen. Ort: **Agora, Halle B6, L20**. Freitag, den 14. Mai 2010, ab 17 Uhr laden wir WFD-FreundInnen und SpenderInnen jenseits des großen Trubels zu einem Treffen ein, bei dem unsere Projektarbeit im In- und Ausland im Mittelpunkt stehen soll. Programmkoordinator Hans Jörg Friedrich und Katrin

Steinitz, zuständig für Spenderkommunikation & Projektpartnerschaften, freuen sich, Ihnen Einblick in ihre Arbeit zu geben. Ort des Treffens: Neue Akropolis München, Schwanthaler Straße 39, 80336 München. Nähere Infos bei Katrin Steinitz, [steinitz@wfd.de](mailto:steinitz@wfd.de) oder unter 030-253 990 22.

## Global Generation: Angebot des WFD an ältere Menschen

Mit dem Jahr begann auch ein neues EU-Projekt des WFD. Zielgruppe des Projekts *Global Generation* sind Menschen ab 50 Jahren im ländlichen Raum, die sich für eine gerechtere, zukunftsfähige Welt engagieren möchten. Partner des Projekts sind die *BOCS Foundation* (Ungarn), die *Südwind-Agentur für Süd-Nord-Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit* (Österreich) und die *Brücke-Most-Stiftung* (Dresden). Jedes Jahr beginnt ein neuer Kurs zur entwicklungspolitischen Bildung, der

## Coaching for Change: Weiterbildung für konstruktive Konfliktbearbeitung

Das *Fränkische Bildungswerk für Friedensarbeit e.V.* bietet den Kurs „Konstruktive Konfliktbearbeitung in strukturellen Veränderungsprozessen“ an. Ziel des Kurses ist es, Konflikte zu erkennen, zu begreifen und mögliche neue Handlungsstrategien zu entwickeln. Die TeilnehmerInnen werden von den beiden erfahrenen TrainerInnen Karen Johne, u. a. WFD-Trainerin im Bereich konflikt sensible Projektarbeit, und ihrem Kollegen Karl-Heinz Bittl, u. a. Coach und Ausbilder des ATCC-Ansatzes (**A**pproche et **T**ransformation **C**onstructives des **C**onflits), begleitet und angeleitet. Der Kurs findet verteilt über das Jahr 2010 in Berlin-Dahlem statt. Start ist der 24. Juni 2010. Diese Weiterbildung richtet sich an leitende Mitarbeiter sozialer Organisationen, an Menschen, die als Friedensfachkraft oder als TeilnehmerIn eines EZ-Programms im Ausland oder Inland aktiv werden möchten und an Menschen, die in sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen erfolgreich ihr Ziel verfolgen wollen. Kooperationspartner sind: *Friedenskreis Halle*, *Fränkisches Bildungswerk für Friedensarbeit e.V.* und das Europäische Institut *Conflict-Culture-Cooperation*.

Weitere Informationen bei Karl-Heinz Bittl, Europäisches Institut Conflict-Culture-Cooperation:  
Tel.: 0911-6996294 oder 0178-6916701  
email: [bittl@eiccc.org](mailto:bittl@eiccc.org), [www.eiccc.org](http://www.eiccc.org)

sich mit biografischen Methoden unterschiedlichen Themen nähert, die sowohl Afrika als Europa betreffen:  
1. Erfahrungen nach dem Krieg, 2. Erfahrungen nach einem gesellschaftlichen Umbruch und 3. Allein gelassene alte Menschen. An jeweils einem der fünf jährlichen Workshops wirken auch Partner aus Südafrika mit. MultiplikatorInnen werden dazu ausgebildet, Themen nachhaltiger Entwicklung in ihr Umfeld zu integrieren. Koordiniert wird das Projekt von Wera Tritschler und Katrin Miketta. Weitere Infos: [miketta@wfd.de](mailto:miketta@wfd.de), [tritschler@wfd.de](mailto:tritschler@wfd.de), 030 253 99021



Ruth Lindiwe Mseleku, Südafrika, wird in der Ausstellung „50 Jahre und mitten im Leben“ vorgestellt

## Sinani-Mitarbeiterin on tour

Vom 25. bis 31. Oktober 2010 werden Mitarbeiter unserer südafrikanischen Partnerorganisation *SINANI* in Deutschland zu Gast sein. Sie können nach Vereinbarung interessierte Gruppen besuchen. *SINANI* ist ein langjähriger Partner des WFD und arbeitet seit über 10 Jahren mit marginalisierten Gruppen der Provinz KwaZulu-Natal. Dort haben langjährige politische Gewaltkonflikte, extreme Verarmung sowie hohe HIV und Aidsraten zu komplexen Gewaltkreisläufen geführt. Politische, familiäre und kriminelle Gewalt sind eng verzahnt. *SINANI* unterstützt die Menschen dabei, diese Gewaltkreisläufe zu durchbrechen und Entwicklungsprozesse in Gang zu

setzen. Dazu wurde ein erfolgreicher, innovativer Ansatz entwickelt, der friedensfördernde, psychosoziale, ökonomische und kulturelle Maßnahmen integriert. *SINANI* hat damit erheblich dazu beigetragen, Versöhnungsprozesse in den Gemeinden anzustoßen und dafür zu sorgen, dass Vertrauen zwischen den Menschen wieder hergestellt werden konnte.

*Haben Sie Interesse, eine Veranstaltung mit uns zu organisieren? Dann melden Sie sich bitte bei Katrin Steinitz, [steinitz@wfd.de](mailto:steinitz@wfd.de) oder unter 030-253 990 22.*

„**Restoring Dignity**“ ist der Titel des Handbuchs von *SINANI* zu seinem Ansatz der Gemeinwesenarbeit. Es kann über den WFD bestellt werden ([info@wfd.de](mailto:info@wfd.de)).

## Steuer gegen Armut

Seit Oktober 2009 fordert die Aktion „**Steuer gegen Armut**“ die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur Förderung von Entwicklung und zur Bekämpfung von Armut (siehe S. 18). Der WFD unterstützt diese Aktion. Seit dem 16. Februar verstärken sich die internationalen Kooperationsbemühungen zur Durchsetzung einer Finanztransaktionssteuer. Zu diesen Bemühungen gehört auch der Versuch, das zivilgesellschaftliche Interesse an dieser Steuer weltweit durch eine Petition an den G20-Gipfel sichtbar zu machen und zu bündeln. Unter

[www.steuer-gegen-armut.de](http://www.steuer-gegen-armut.de) können Sie online unterschreiben. Wer lieber auf einer Unterschriftenliste per Hand unterzeichnet bzw. damit bei anderen sammeln möchte, findet eine solche Liste unter: [www.steuer-gegen-armut.org/machen-sie-mit/download.html](http://www.steuer-gegen-armut.org/machen-sie-mit/download.html) zum Download.

Ein kurzer Filmspot auf youtube mit Heike Makatsch und Jan Josef Liefers macht die Anliegen dieser Steuer anschaulich: [http://www.youtube.com/watch?v=laS\\_UOGBOmU&feature=player\\_embedded](http://www.youtube.com/watch?v=laS_UOGBOmU&feature=player_embedded)

## übrigens ...

... durch den Rücktritt von Margot Käßmann als Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland rückte mit Nikolaus Schneider ein langjähriges WFD-Mitglied an diese Stelle.

So sehr wir Frau Käßmann vermissen, mit Nikolaus Schneider ist wieder ein aufrichtiger Friedensstreiter Oberhaupt der Evangelischen Kirche. Das haben seine ersten öffentlichen Statements bereits klargemacht.

Wir wünschen ihm viel Kraft für das neue Amt.



Ratsvorsitzender Nikolaus Schneider am Kirchentagsstand des WFD in Bremen im Mai 2009

## Sie sind gefragt

Was interessiert Sie am Querbrief, was finden Sie hilfreich oder unterhaltsam? Und auf was könnten Sie verzichten? Lassen Sie es uns wissen, damit der Querbrief noch besser wird! Schicken Sie Ihren Kommentar an: Querbriefredaktion  
Martin Zint, Weltfriedensdienst,  
Hedemannstraße 14, 10969 Berlin,  
zint@wfd.de

Das Buch

### „Gewaltfrei für den Frieden“

ist eine Sammlung von Reportagen über die Arbeit von Friedensfachkräften weltweit.

Ein schöner Text der Journalistin Corinna Arndt macht die Versöhnungsarbeit von WFD und SINANI in KwaZulu-Natal anschaulich. Herausgegeben wurde die Textsammlung vom Konsortium Ziviler Friedensdienst und sie ist erschienen im Verlag Brandes & Apsel, Frankfurt/Main 2009.

Zu bestellen über den WFD (die ersten 10 Besteller bekommen ein Exemplar kostenlos, Preis im Buchhandel 9,90 € (zint@wfd.de).

## Friedensmanifest der Zivilgesellschaft der Casamance

Bedingungslose Gewaltfreiheit und die Aufnahme von politischen Verhandlungen zur Lösung des Casamancekonflikts fordert ein Friedens-Manifest, das die vom Weltfriedensdienst unterstützte Frauenorganisation USOFORAL gemeinsam mit einer Gruppe befreundeter Organisationen initiiert hat. In Anwesenheit zahlreicher Persönlichkeiten aus ganz unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Gruppen wurde es am 17.12.2009 in der senegalesischen Provinzhauptstadt Ziguinchor der Öffentlichkeit vorgestellt. Dass die senegalesische Zivilgesellschaft auf diese Weise geschlossen

Stellung bezieht, ist völlig neu. Das Manifest unterstreicht auch die Tatsache des toleranten Miteinanders von Religionen und Ethnien in der Casamance. Dies ist ein lebendiges Gegenbeispiel zur verbreiteten Vorstellung, Konflikte in Afrika hätten generell ethnische oder religiöse Ursprünge. Ranghohe muslimische, christliche sowie traditionelle Führungspersonlichkeiten, Vertreter von Menschenrechtsorganisationen und berühmte senegalesische Musiker ehrten die Verlesung des Manifests mit ihrer Präsenz und begrüßten es in persönlichen Stellungnahmen. Das Manifest kann unter [www.paixcasamance.com](http://www.paixcasamance.com) unterzeichnet werden (in französischer Sprache).

### Der WFD-Beirat Palästina

lädt ein zu einem Strategie-Workshop am 29. und 30. Mai in Berlin.

Thema: „Perspektiven der Palästina-Arbeit von deutschen NGOs“.

Infos und Anmeldung: Ulrich Luig, 030-70096477,

wfdbeirat.palaestina@googlemail.com.

### Die Frauenkooperative in Kafr Na'ameh und Bila'in

plant für ihren Kindergarten (120 Kinder) die Anschaffung eines Busses.

WFD unterstützt diesen Plan und bittet dafür um Spenden,

Stichwort: „Frauenkooperative Palästina“,

Spendenkonto 505, Bank für Sozialwirtschaft BLZ, 100 205 00.



Postvertriebsstück  
Gebühr bezahlt  
A 9649 F



Hedemannstraße 14  
10969 Berlin

„Ich wurde mit 10 Jahren beschnitten. Die Mädchen meiner Schule, die schon beschnitten waren, zogen mich auf: »Du bist ein Kind, mit Dir sprechen wir nicht mehr.« Daraufhin beschloss ich, mich auch beschneiden zu lassen.“ Fatumata Seidi

## Kampf der Genitalverstümmelung!

Was verharmlosend als Beschneidung bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit die Verstümmelung der weiblichen Genitalien. Als Teil der Initiationsriten markiert diese Praxis in über 30 Ländern den Übergang des Kindes zur Frau. Sie hat schwerste gesundheitliche, seelische und soziale Folgen – lebenslanglich.

„Erst Jahre später verstand ich, dass das, was sie mir angetan hatten, mein ganzes Leben als Frau beeinträchtigen würde. Ich habe vier Kinder und bei jeder Entbindung hatte ich wochenlang unerträgliche Schmerzen. Noch heute habe ich Angst vor Messern.“

Fatumata Seidi



### Der Weltfriedensdienst fördert Alternativen

Zum Einsatz für den Frieden gehört für uns der Kampf für die körperliche Unversehrtheit, Selbstbestimmung und Würde von Mädchen und Frauen. Auch in Guinea-Bissau. Hier werden jährlich 2.000 Mädchen beschnitten, gefährdet sind ca. 80.000. Mit der lokalen Partnerorganisation Sinim Mira Nasseque gab es in einem Vorläuferprojekt erste Erfolge. Dank behutsamer Überzeugungsarbeit gelang die Durchführung unblutiger Initiationsrituale mit 446 Teilnehmerinnen. 81 Beschneiderinnen gaben im Rahmen einer öffentlichen Zeremonie ihre Messer ab. Mit dem neuen Projekt *DJINJOPI* knüpfen wir an diese Erfahrungen an.

### Netzwerk gegen Genitalverstümmelung

*DJINJOPI*, ein lokales Netzwerk von fünf Frauen- und Jugendorganisationen, hat sich zum Ziel gesetzt, möglichst viele Mädchen vor dem blutigen Ritual zu schützen. Projektmitarbeiterinnen sprechen mit islamischen Geistlichen, Lehrern, Dorfchefs, Gesundheitspersonal und den Familien. So werden ganze Dorfgemeinschaften zur Abkehr von der blutigen Praxis bewegt. Radiosendungen, Plakate und Flugblätter würdigen die Tradition und weisen auf die Gefahren der Verstümmelung hin. Sie informieren über Alternativen. Mit den traditionellen Beschneiderinnen werden berufliche Perspektiven gesucht, die ein vergleichbares Einkommen und Prestige bieten.

### Das unblutige Ritual – fanado alternativo

Den Mädchen wird das überlieferte, »geheime« Wissen der Frauen vermittelt. Entsprechend der Tradition wird eine Initiationszeremonie mit Gesang und Tanz unter Teilhabe der Dorfgemeinschaft veranstaltet. Es fehlt »nur« eines – der blutige Schnitt.

Mehr Infos unter [www.wfd.de](http://www.wfd.de)



**WFD-Spendenkonto:** Spendenstichwort: „unversehrte Kindheit“

Bank für Sozialwirtschaft, Konto 31 47 505, BLZ 100 205 00

Spenden sind steuerabzugsfähig lt. Freistellungsbescheid d. Finanzamts f. Körperschaften I v. 7. 6. 2009 (Nr. 27/681/51497)